

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Redaktion 3141.

Telephon
Expedition 1206

Nr. 137.

Breslau, Mittwoch, den 15. Juni 1910.

21. Jahrgang.

Eine neue Finanzreform?

Als bekannt wurde, daß die Einnahmen des Reiches im April stark hinter dem Voranschlag zurückgeblieben sind, wurden in der Presse Stimmen laut, die eine neue „Finanzreform“ voraussetzten. Sie vermittelten bald, denn es hat wohl keine einzige der bürgerlichen Parteien Lust, vor den Reichstagswahlen die Steuerfrage aufs Tapet zu bringen. Der Schnapsbrot hat die Sache gemacht, aber die Liberalen von Wasserbaum bis Gothein hatten nicht übel Lust, sie zu machen. 400 Millionen neuer indirekter Steuern zu bewilligen, waren sie alle bereit, und der Jant ging nur um die Erbschaftsteuer, und vor allem um den politischen Einfluß. Deshalb hielten wir es nicht für wahrscheinlich, daß vor den Reichstagswahlen eine Steuerreform kommen, zumal man sich noch einige Zeit mit der Umsatzsteuer und ihre Verhinderung halgen wird. Aber nach den Wahlen... Ja, wenn keine Rücksicht auf die Wähler mehr maßgebend ist, werden die bürgerlichen Parteien wieder mit sich reden lassen. Daß aber die Regierung neue Mittel, und zwar in gehöriger Maße, fordern wird, kann kaum einem Zweifel unterliegen. Woloch ist nicht zu sättigen, und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ brachte ja schon eine offiziöse Ankündigung, daß die nächste Mittlärvorlage nichts vermissen lassen wird, was im Interesse der Schlagfertigkeit des Heeres erwartet werden kann. Die Luftschiffahrt bietet Gelegenheit, Millionen zu verpulvern, Unterseeboote sind schon lange ein Herzenswunsch der uferlosen Flottenpolitiker, für die Kolonien wird man auch nach der Ausschiffung Pernamburgs Hunderte von Millionen fordern. Augenblicklich ist nicht viel zu machen, wenn aber die Furcht vor den Wahlen den „patriotischen“ Eifer nicht mehr lähmt, wird es nur so Heeres-, Marine- und Kolonialvorlagen hageln, und die Folge ist dann ein neuer Ueberlaß, eine „Finanzreform“, die abermals Hunderte von Millionen aus den Volksmassen pumpen soll. Das muß unermesslich kommen, wenn nicht die Wähler bei der nächsten Wahl dem gründlich vorbeugen.

Tatsache ist jedenfalls, daß auch jetzt, nach der „Reform“, die Finanzen des Reiches sich recht traurig präsentieren. Für April ist ein Zurückbleiben der tatsächlichen Einnahmen hinter den Einnahmen, die im Voranschlag vorgesehen waren, konstatiert. Der April ist der erste Monat des neuen Finanzjahres 1910—1911, in dem die neuen Steuern voll zur Geltung kommen. Dieses Ergebnis widerspricht nun einem anderen. Im April wurde nämlich bekanntgegeben, daß das Finanzjahr 1909—1910, das am 31. März abließ, größere Einnahmen gebracht hat, als im Voranschlag vorgesehen waren, und zwar sollten die tatsächlichen Einnahmen aus Steuern und Zöllen den Voranschlag um 82,4 Millionen übersteigen haben. Das wäre nun ein sehr sonderbares Ergebnis: vom 1. April 1909 bis 31. März 1910 waren die Einnahmen größer als erwartet, im April 1910 geringer. Sieht man näher hin, so erklären sich diese Rätsel sehr einfach.

Vorerst ist eine Korrektur an jenen 82,4 Millionen vorzunehmen. Jetzt werden nämlich die genauen Zahlen mitgeteilt, und da stellt sich heraus, daß die Mehreinnahme nicht so viel beträgt. Im Jahre 1909 wurde ein „Nachtragsetat“ eingebracht, da ja die neuen Steuern bereits im Jahre 1909 in Kraft traten. Insgesamt wurde also auf eine Einnahme aus Steuern und Zöllen von 1288,8 Millionen gerechnet. Tatsächlich vereinnahmt wurden 1360,5 Millionen, also um 72,2 Millionen (nicht um 82,4 Millionen) mehr. Aber dieses Ergebnis braucht nicht mit besonderer Freude zu erfüllen. Mehr als veranschlagt war, haben vor allem die Zölle gebracht: statt 629,6 Millionen — 666,6 Millionen, das ist um 37 Millionen mehr. Der Grund liegt darin, daß noch vor Erhöhung der Zölle auf Tabak, Kaffee, Tee, Blühdölzer, Schaumwein, viel Waren hereingebracht wurden. Ist dem aber so, dann ist es eine flüchtige Einnahme, denn wenn der Markt vollgeproppert wurde, kommt eben später weniger Ware herein und die Einnahme aus den Zöllen geht zurück. Wehmütig steht es um einzelne Posten der Steuern. So wurden aus der Stempelsteuer für Grundstücksübertragungen 16 Millionen im Anschlag gebracht, dagegen 25,7 Millionen vereinnahmt. Sehr einfach: die Spekulanten wissen, daß die Wertzuwachssteuer kommen soll und haben daher in der letzten Zeit große Umsätze gemacht, um dieser Steuer zu entgehen. — Der Hauptgrund scheint uns aber her zu sein: bei der Aufstellung der Voranschläge läßt sich der Staatssekretär natürlich von politischen Motiven leiten; als der Voranschlag für 1909 aufzustellen war, da wurde ganz in grau gemacht, um den Reichstag zur Bewilligung der neuen Einnahmen zu bewegen; 1910 aber kam es darauf an, das Defizit möglichst gering erscheinen zu lassen, und man rechnete mit möglichst hohen Summen. Deshalb müssen die wirklichen Resultate ganz anders lauten als die Voranschläge.

Jene Summe von 72,2 Millionen Mark, um die die tatsächlichen Einnahmen den Voranschlag für 1909—1910 übersteigen, wird noch reduziert. Jenes sind nämlich nur die Einnahmen aus Steuern und Zöllen. Dagegen sind die Einnahmen aus der Reichspost und den Reichseisenbahnen um 4,2 Millionen hinter dem Voranschlag zurück-

geblieben. So beträgt die Mehreinnahme gegen den Voranschlag nur noch 68 Millionen. Aber die Freude an dieser Summe wird uns alsbald verlassen, wenn wir uns erinnern, daß das Finanzjahr 1909/10 im Voranschlag mit einem riesigen Defizit abschloß. Sind die Einnahmen also um 68 Millionen größer als erwartet, so wird das Defizit um diese Summe kleiner. Entschieden sich dagegen das laufende Jahr so, wie es im April begonnen, das heißt bleiben die wirklichen Einnahmen hinter dem Voranschlag zurück, so wird das Defizitloch um so größer klaffen. Auch dieses Jahr schließt im Voranschlag mit 151,7 Millionen Mark Fehlbetrag, die durch Anleihen zu decken sind.

Die Hauptsache für die Regierung und die bürgerlichen Parteien war, aus der Defizitwirtschaft herauszukommen, mit welchen Mitteln, war gleich. Über dieses Ziel ist ganz sicher durch die „Reform“ nicht erreicht. In ihrer Unwissenheit ignorieren die Sydnov, Rheinbaben, Vermuth, wie die Erzberger, Bedlitz und Seydebrand einen Fundamentalsatz der Finanzwissenschaft, daß nämlich eine Erhöhung der Steuerlast der indirekten Steuern noch lange nicht gleichbedeutend ist mit Erhöhung der Einnahmen. Man gelangt schließlich zu dem Punkte, wo die Steuerzahler sozusagen streifen: das besteuerte Produkt wird zu teuer, der Konsum nimmt ab. Und da die indirekten Steuern und Zölle den Wömenanteil der Einnahmen in Deutschland einbringen müssen, so verlagert das System.

Man hat ja auch in den letzten fünf Jahren den deutschen Steuerzahlern und Konsumenten unglaublich viel zugemutet. Da ist vor allem die Erhöhung des Zolltarifs, die am 1. April 1906 in Wirkung trat. Der Effekt für die Reichskasse war eine Mehrung der Einnahmen um 140 Millionen Mark, aber die Volksmasse wurde ungleich höher belastet, weil die Zölle auch die Preise der einheimischen Waren verteuern. Um nur ein Beispiel heranzuziehen: der Weizen Zoll wurde um 20 Mark pro Tonne erhöht, der Roggen Zoll um 15 Mark. Nach der Statistik werden in Deutschland verbraucht (nach Abzug der Saat und der ausgeführten Mengen) 5,6 Millionen Tonnen Weizen und 9 Millionen Tonnen Roggen. Diese Mengen kommen nicht ganz zum Verkauf, denn ein Teil wird in den Wirtschaften der Produzenten verbraucht, aber sicher wurden mindestens 4 Millionen Tonnen Weizen und 6 Millionen Tonnen Roggen verkauft. Das ergibt also eine Verteuerung des gekauften und konsumierten Weizens um mindestens 80 Millionen Mark, des Roggens um 90 Millionen, insgesamt des Brotgetreides um mindestens 170 Millionen. Rechnen wir dazu die Verteuerung der übrigen Nahrungsmittel — Fleisch! — und der Industriewaren, so kommen wir zum Schlusse, daß die Erhöhung der Zölle im Jahre 1906 den Konsum der Volksmasse um annähernd eine halbe Milliarde höher belastete. Dazu kommt die „kleine Finanzreform“ von 1906, die der Reichskasse 140 Millionen Mehreinnahme brachte, und die „Reform“ von 1909, die 435 Millionen neuer Steuern bringen soll, zusammen 575 Millionen. Über diese Steuern sind bekanntlich so geart, daß sie die Produzenten direkt zur Erhöhung des Preises über den Steuerbetrag hinaus provozieren (man denke an die famose Kontingentierung der Bierproduktion und der Produktion von Blühdölzern!). Daher trat eine weitere Belastung der Konsumenten um mindestens 200 Millionen Mark ein. So wurde durch die Reichssteuern und Zölle allein eine Mehrbelastung von annähernd 1275 Millionen Mark herbeigeführt. Aber die Einzelstaaten und Gemeinden haben in diesen fünf Jahren ebenfalls die Steuerfahre recht scharf angezogen. Man schätzt die Steuererhöhungen bei den Einzelstaaten auf annähernd 150 und bei den Gemeinden auf 200 Millionen. In jener Summe hinzugerechnet, macht das annähernd 1475 Millionen Mark.

Eine derartige horrende Mehrbelastung des Volkseinkommens in der kurzen Frist von fünf Jahren dürfte schwer beispieldlos in der Geschichte der Finanzwirtschaft sein. Trotzdem sind die Finanzen des Reiches nicht in Ordnung gekommen! Trotzdem erhebt sich das Gespenst des Defizits von neuem! Trotzdem taucht bei den hirnlosen „Vertretern der Staatsinteressen“ der Gedanke neuer Steuern auf!

Nun, die ganze Entwickelung zeigt aber, daß Deutschland an der Grenze seiner Steuerkraft angelangt ist, es vermag nicht eine weitere Belastung nicht mehr. Selbst wenn man jetzt, nachdem die unvernünftigen und ungerechten Steuern bis zum Greise erhöht sind, kommen wollte mit Voranschlägen der vernünftigen und gerechten Steuern, müßte dagegen mit allen Mitteln protestiert werden. Auch vernünftige und gerechte Steuern schwächern eben das verfügbare Einkommen, und auch sie werden in letzter Linie durch die Arbeit der Volksmassen aufgebracht, durch die Arbeit, die allein neue Werte schafft. Nur dann könnten im Interesse der arbeitenden Massen neue vernünftige und gerechte Steuern aufgestellt werden, wenn gleichzeitig die unvernünftigen und ungerechten abgeschafft oder vermindert werden, wenn sie neue Lasten schaffen, müssen sie unter allen Umständen abgewiesen werden.

Einer Finanzreform bedürfen wir dringend. Sie muß horten helfen, die Belastung zu mindern und gerechter

zu verteilen und gleichzeitig die Ausgaben des Reiches zu reduzieren. Progressive Einkommen- und Vermögenssteuern, Abschaffung der Verbrauchsteuern, Einschränkung des Militarismus und Marinismus, das ist das Programm, das im Interesse der Volksmassen von der Sozialdemokratie vertreten werden muß. Bei den kommenden Reichstagswahlen werden die Wähler darüber zu entscheiden haben.

Politische Uebersicht.

Der Glaubenskrieg.

Der Kampf, der augenblicklich zwischen den beiden großen positiven christlichen Kirchen tobt, entbehrt nicht eines gewissen Interesses. Der Eifer, mit dem der Papst in seinem Vorwortsbriefe gegen die elenden Bauhandwerker, die verkommenen Fürsten und die verpesteten Böller evangelischen Glaubens losweterte, wirkt freilich auf abgehärtete Sinder ebenso erhellend wie etwa heute die Verkünder gewisser Strafpredigten wirkt, die vor nicht allzu langen Jahren in ganz ähnlicher Tonart, aber von ganz anderer Seite der Sozialdemokratie gehalten wurden. Die Schimpfanrede Pius X. hätte auch in Deutschland keinen so starken Widerhall geweckt, wenn nicht die Liberalen die günstige Gelegenheit wahrgenommen hätten, den Keil in die Gemeinschaft des christlichen Volkes, den schwarz-blauen Block, hineinzutreiben. Ein großer Teil dieser Entrüsteten verfolgt gar keine andere Absicht als die, durch die Entschaffung eines konfessionellen Stretkes das Zentrum als Bundesgenossen der Junker unendlich zu machen und sich selber an dessen Stelle zu setzen. Man fordert mit flammenden Worten die „Solidarität aller evangelischen Parteien gegenüber den unerhörten Schmähungen des Papstes“, und meint damit nichts anderes als die Ausschaltung des Zentrums und die Wiederherstellung des Blocks.

Dieser Mißbrauch der Religion zu parteipolitischen Zwecken, der von den Liberalen getrieben wird, wird aber durch die Leistungen der Konservativen und besonders des Zentrums bedeutend überboten. Die Parteien des schwarz-blauen Blocks lassen sich durch Glaubensstreitigkeiten in den Reichstagen ihrer gemeinsamen Politik nicht im mindesten betren. Die Konservativen rühren die liberale Entstellungstronmel kräftig mit, weil sie sich von den Wählern nicht nachfragen lassen wollen, sie hätten die Vereidigung des evangelischen Glaubens den Liberalen überlassen, inzwischen geben sie dem Zentrum zu verstehen, daß sich alles schon wieder finden werde. Das Zentrum aber, dem der ehrliche katholische Glaubenssetzer des Papstes zu höchst ungeliebener Zeit gekommen ist, spielt die allerjämmerlichste Rolle, indem es jeden Versuch, dem von allen Seiten angegriffenen Papst beizuspringen, geflissentlich unterläßt und durch seine ganze Haltung zu verstehen gibt, daß es die dogmatische Aufrichtigkeit des Papstes für eine Dummheit hält.

Der Papst ist „unfehlbar“. Wenn der Papst die Fürsten und Böller der Reformation für verkommene und verpestete Bauhandwerker erklärt, so ist das ein Urteil, gegen das es für einen gläubigen Katholiken keine Berufung gibt. Wenn heute das Zentrum den Papst förmlich von sich abschüttelt, so zeigt es damit, daß ihm der katholische Glaube nicht viel anders mehr ist als eine politische Geschäftsangelegenheit.

Zu den Reichstags-Wahlwahlen. Die „Nordd. Allgem. Zeitung“ ist mit dem Ausgang der Wahl in Ufedom-Wollin auch nicht recht zufrieden, was natürlich ganz erklärlich ist. Während bei der Stichwahl in Jauer-Landeshut, so meint das Blatt, der Sozialdemokrat unterlegen sei, „gelangt in Ufedom-Wollin schon wie bei der ein „Genosse“ zur Stichwahl und zwar mit einem Vorsprung von rund 1700 Stimmen vor dem konservativen Mitbewerber“. Es hält es aber für selbstverständlich, daß die fortschrittliche Volkspartei bei der Stichwahl für den konservativen Kandidaten antritt.

... es kann kein Zweifel darüber sein, daß die Liberalen in Ufedom-Wollin sich abermals mit Entschiedenheit für den verbliebenen bürgerlichen Gegner des Sozialdemokraten einsetzen werden. Wie bityig auch der Wahlkampf in den letzten Wochen dort geführt worden sein mag: der Kreis gehörte niemals zum festen Besitz einer der Parteien. Nur der sozialdemokratischen Vertretung hat er sich bisher zu erwehren verstanden und an dieser Gefährlichkeit festhalten, wird auch bei der kommenden Stichwahl das kräftige und einseitige Bestreben aller bürgerlichen Elemente bleiben müssen.“

Es wird sich ja sehr bald zeigen, ob die Liberalen aus Angst vor den Konservativen den Reaktionsär den Steigbügel halten werden oder nicht. Während die bürgerliche Parteiblätter des Freisinn noch schweigen, tritt die „Frankfurter Zeitung“ entschieden für die Unterstützung der Sozialdemokraten ein.

Heute Dienstag, den 14. Juli, wird übrigens im Wahlkreis des Grafen Orzola, Friedberg-Wöllingen in Hessen, eine Nachwahl stattfinden. Dort wurden 1907 20.521 Stimmen abgegeben und es erhielten der Sozialdemokrat 7234, der Nationalliberale 8492, der Freisinnige 2299, die Freisinnige Volkspartei 1272. In der Stichwahl legte der Nationalliberale Orzola mit 11.515 Stimmen gegen den Sozialdemokraten, der 6524 Stimmen aufbrachte. Dies-

mal stehen sich nur drei Kandidaten gegenüber: der Sozialdemokrat, ein Nationalliberalist und ein Döbler.

Strafendemonstration der Frommen. Am Sonntag hielten die evangelischen Frommen der Reichshauptstadt bekanntlich im Circus Busch Protestversammlung gegen die Papst-Engpässe ab, wobei Herr Stroffer gerade nicht sehr freundlich mitgespielt wurde.

Nach der Versammlung kam es, wie die „Welt am Montag“ berichtet, zu einer interessanten Strafendemonstration, verbunden mit einer öffentlichen unangenehmsten Verurteilung unter freiem Himmel mit Schreien, Hohn und Gesang. Diese Strafendemonstration unterschied sich nur insoweit wesentlich von den Wahlrechtsdemonstrationen, die die Gerichte beschuldigen, daß diesmal die Polizei die Sache nicht nur nicht störte, sondern daß sogar hohe Polizeioffiziere sich aktiv am Geschehen und Singen beteiligten, ebenso wie der freisinnigste Abgeordnete v. Wollke.

Nach dem Schluß der Versammlung marschierten nämlich die Teilnehmer in geschlossenem Zuge nach dem Luther-Denkmal auf dem Neuen Markt, um dort einen Kranz niederzulegen. Als die Menge auf dem Platz ankam, standen dort drei höhere Polizeioffiziere mit einem großen Speerhauptaufbot.

Die Speerhaupte glaubten wohl in ihrer Unschuld, sie sollten nun in bewährter Weise die Massen „zerstreuen“; auf einen Wink der Hauptleute mußten sie sich aber schleunigst nach Hause begeben. Die Polizeioffiziere blieben hielten sich im Untergrunde, hörten sich die vom Denkmal gehörende Rede an und stimmten in das „Doch“ ein, das auf irgend jemand — mein Nachbar sagte: auf Martin Luther — ausgebracht wurde. Sie sangen auch wieder mit, als „Ein feste Burg“ und „Deutschland über alles“ anstimmte wurde.

Für künftige Wahlrechtsdemonstrationen wird man sich das merken müssen. Man wird auch aufpassen müssen, wie viel von den Frommen wegen groben Unfuges, Ausschreitung und ähnlicher Delikte vor Gericht kommen, damit man daran die Rechtslosigkeit in Deutschland beleuchten kann.

Die Freikonservativen gegen Bethmann-Hollweg. Herr v. Bethmann-Hollwegs Politik hat sich bisher stets in der Nichillität der freikonservativen Partei bewegt, die sich auch die Reichspartei nennt, weil sie außerhalb Preußens nirgends im Reiche zu finden ist. Zuletzt auch hat der Reichskanzler noch bei der Behandlung der Wahlrechtsvorlage ganz nach freikonservativen Rezepten gearbeitet und sich gerade dadurch eine entscheidende Niederlage geholt. Umso bemerkenswerter ist, daß jetzt selbst die freikonservative Presse von Herrn v. Bethmann nichts mehr wissen will. So schreibt die „Post“:

Herr v. Bethmann-Hollweg, hat von Anfang an das Bestreben gehabt, die Mitte, die nach der Reichsfinanzreform zwischen rechts und links gähnte, zu überbrücken. Der Misserfolg, den seine Politik in dieser Beziehung ohne Zweifel aufzuweisen hat, liegt in der falschen Auffassung, die Herr v. Bethmann-Hollweg über die Stellung der Regierung zu den Parteien und ihrer Presse hat. Die Regierung des Herrn v. Bethmann-Hollweg thronet über den Wolken... Eine Regierung, die schließlich in allen politischen Fragen auf dem Standpunkt steht, den Herr v. Seydow während der Finanzreform so oft eingenommen hat: „Wenn nicht, denn nicht!“ muß unheimlich schnell an Wirtschaften. Darüber müßte sich der Reichskanzler jetzt doch klar geworden sein.

Der langen Rede kurzer Sinn ist der: „Du bist unfähig! Fort mit dir!“

Nur die Demokraten? In einem Bericht über die letzte Wahlrechts-Versammlung der demokratischen Vereinigung in Berlin heißt es im „Freien Volk“:

Die D. V. ist die einzige Partei, die sich bisher veranlaßt gesehen hat, wegen der Ablehnung der Wahlrechtsvorlage in Berlin eine öffentliche Versammlung einzuberufen.

liegt in dieser Konstellation nicht ein gewisser Vorwurf für die Berliner Sozialdemokraten, die nach Ablehnung der Wahlrechtsvorlage keine eilige Versammlung mehr abgehalten haben?

Der Streit um den Sanherdenion der Borrömänd-Engpässe geht weiter. Sogar auf der Wartburg soll eine Protestversammlung stattfinden. Der Redakteur von Sachse berichtet in dem Evangelisch-beauftragten Staatsminister, um mit ihnen die durch die Borrömänd-Engpässe geschaffene Sachlage zu besprechen. Er

eröffnete den Staatsministern, daß er in Aussicht genommen habe, ein Handschreiben an den Papst zu richten. Die Staatsminister sprachen im Namen der evangelisch-lutherischen Landeskirche dem König für diese Entschlüsse den wärmsten Dank aus. — Na, dann wird's ja werden.

Ihr Reichstags-Wahl in Westermünde-Wollin. Der nationalliberale Wahlverein im Wahlkreise Westermünde-Wollin fordert für die Reichstags-Wahl zwischen dem konservativen Kandidaten v. Hohenhausen-Wollin und dem sozialdemokratischen Kandidaten Runge seine Mitglieder auf, ihre Stimme dem Konservativen, von Hohenhausen, zu geben.

Wozu wäre man die Partei der Welterfahren, wenn man nicht zuerst so täte, als wollte man die Junkerrechtlinge aufressen und dann unterstüßte man sie mit den eigenen Stimmen!

Die **Erkathwahl in Cannstatt-Schwabburg** ist auf den 30. August d. J. festgesetzt worden. Die württembergische Regierung erklärt die weiße Hinaushebung des Weins damit, daß die Beobachtung im Juli mit der Ernte zu sehr beschäftigt sei, um eine normale Abwicklung des Wahlganges vornehmen zu können.

Schmerz auf Wahrheit nicht strafbar? Auf diesen Standpunkt hat sich in einer Reihe von Wahlrechtsprozessen, die in den letzten Tagen vor der Bohemer Verurteilungskammer zur Verhandlung kamen, das genannte Gericht gestellt. In einer Sache — es handelte sich um einen hiesigen Reiteroffizier, der seine Anschuldigung beteuerte — erklärte der Vorsitzende, daß es bei der allgemeinen Erregung, die über die unglückselige Wahlrechtsvorlage entzündet, verständlich sei, wenn sich ein sonst durchaus feierlicher Mensch mit Vorurteilen lasse. Merkwürdiger Weise wurde aber gerade bei diesem gut gekannten Mann rührender Vörm angenommen und nur das Strafmaß herabgesetzt. Der Vorsitzende bemerkte noch, wenn in diesem Falle die Anklage unerbittlich wäre, wäre auch nichts verloren gewesen, denn auf einen Schörrer mehr oder weniger komme es bei einem solchen Vörm nicht mehr an.

Die Begehung „Stellvertreter Gottes auf Erden“ strafbar. Den Titel „Stellvertreter Gottes auf Erden“ dem einflussreichen Abgeordneten v. G... in der Reichstagsversammlung hat die Strafkammer des k. k. Landgerichts für strafbar, wenn er von der Presse gebraucht wird. Unter dieser Bezeichnung, die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ hatte zwei Kriegsberichte veröffentlicht. Der erste Bericht gab die Verhandlung gegen einen Feldwebel des Infanterieregiments Nr. 85 vor dem k. k. Landgericht wieder, der wegen fortgesetzt wissentlich unrichtig erstatteter Meldungen angeklagt war. Das Gericht hatte während der Verhandlung und der Verkündung des Urteils die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Das war scharf kritisiert worden und daran die Bemerkung angefügt: „Es wäre ja auch schädlich gewesen, wenn der deutsche Staatsbürger erfahren hätte, daß ein leibhaftiger preussischer Feldwebel, also ein avancierter Stellvertreter Gottes, gegen den § 134 des Militärstrafgesetzbuches und gegen den § 178 des bürgerlichen Gesetzbuches verstoßen hat.“ — Der zweite Bericht betraf eine Verhandlung vor dem Obergericht für die Ostpreussische Provinz. Ein betrunkener Matrose vom Artillerieregiment „Drache“ war von einem Maschinenmaat, wegen nicht vorchriftsmäßigen Grußens angehalten worden. Der Matrose hatte darauf einen Schlag mit einem scharfen Gegenstand ins Gesicht erhalten. Der Matrose wurde zu der erorbitanten Strafe von 5 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Im Bericht war das taktlose Benehmen vieler Vorgesetzten gegen betrunkenen Soldaten mit den Worten kritisiert worden: „Durch diese Begehung seiner Hoheit des Unteroffiziers und Stellvertreter Gottes auf Erden ist leider schon soviel Unheil angerichtet worden.“

— Gegen den verantwortlichen Redakteur, Genossen v. Dro... wurde wegen Beleidigung der beiden Unteroffiziere Anklage erhoben. Das Gericht kam in erster Instanz zur Freisprechung, weil sich die Kritik tatsächlich gegen den Ausschluss der Öffentlichkeit gerichtet habe. Im zweiten Instanz erkannte es auf 30 Mark Geldstrafe, weil hier aus dem Bericht hervorgehe, daß durch den Ausdruck „Seiner Hoheit des Unteroffiziers und Stellvertreter Gottes auf Erden“ die Mißachtung gegen den Maaten zum Ausdruck gebracht werden sollte. Der Staatsanwalt hatte für jeden Fall 8 Tage, insgesamt 10 Tage Gefängnis beantragt. Einen Antrag des Verteidigers des Angeklagten, den Redakteur Adler-Kiel, den Schriftsteller v. Gr... in Berlin, den Schriftsteller Karl K... in Altona und den Reichstagsabgeordneten Naumann-Berlin, als Zeugen zu vernehmen, daß die Bezeichnung des Unteroffiziers als „Stellvertreter Gottes auf Erden“ in der Journalistik gang und gäbe sei, und daß sie sich selbst schon häufig gebraucht haben, ohne an eine Beleidigung einzelner Angehörigen des Heeres auch nur zu denken, lehnte das Gericht ab.

Der **„Friedhof“** als Stätte des Konfessionskrieges. Im September vorigen Jahres starb in dem katholischen Dorfe Gerdingen der dort ansässige protestantische Förster H. H. H. Da im Orte aber kein protestantischer Friedhof ist, war nach Landesgesetz der Friedhof auf dem katholischen Friedhof zu begraben. Der Bürgermeister wies dem Sohne des Toten ein Grab in der Kirche an. Der Gemeinderat aber protestierte dagegen und erklärte, wenn

Albardi dort noch befreit würde, würde das Grab geschändet. Darauf bekam der Sohn vom Bürgermeister als Begräbnisstätte in freier Wahl die katholische Kirche angewiesen. Hiermit war der Sohn natürlich nicht einverstanden, er ließ den Vater an einem anderen Orte beerdigen.

Gegen die neun Mitglieder des Gemeinderates wurde wegen Mißhandlung Anklage erhoben. Am Sonnabend wurde das Urteil gefällt. Von der Beurlaubung der Abklagigen des Bürgermeisters wurden sie freigesprochen, dagegen wegen Mißhandlung des Ringe Albardi drei Angeklagte zu je 300 M. und drei weitere zu je 150 M. Strafe verurteilt.

Ein großer **Ueberfluß an Offizieren** herrscht gegenwärtig in der deutschen Armee. Ähnlich kann man auf der Straße die Uniformen beobachten, die der selbst Kenner der militärischen Details nicht im Zweifel sind, ob der Träger ein Offizier ist oder nicht. Allerdings müßten das silberne Postepferd und das silberne Nationalpferd für eine Offiziersuniform sprechen, die es in der Tat ist. Es handelt sich um die Uniform, der Offiziere von der 1. Armee. Es gibt etwa 500 deutsche Offiziere, die augenblicklich in der Armee keine Verwendung finden, sei es, daß sie aus den deutschen Schutzbataillonen zurückgeführt sind, sei es, daß sie aus anderen Ursachen. Diese Offiziere haben das Recht, ihre Reimentsuniformen tragen zu dürfen, müssen jedoch, auch wenn sie der Kavallerie der Artillerie, dem Train usw. angehören, Infanterie-Uniformen anlegen und eine Wäbe tragen, deren Knabbeil durch eine weiße Wäbe eingefaßt ist. Dagegen diese Offiziere von der 2. Armee keinen Dienst tun, beziehen sie doch das Gehalt ihrer Charge und müssen sich jederzeit zur Einstellung bereit halten. Sobald irgend einer Truppe ein Platz frei wird, werden sie einrangiert. — Inzwischen bezahlt sie der deutsche Michel.

Die **Chemnitzer Nationalliberalen für Langhammer**. Vorstand und Ausschuss des nationalliberalen Vereins in Chemnitz nahmen in gemeinsamer Sitzung eine Resolution an, in der lebhaft bedauert wird, daß der Dresdener Reichsverein einen Antrag auf Ausschluß Langhammers gestellt und verabschiedet hat. Es vermissen vor allem bei dem Beschlusse eine Begründung und erfordern den Landesvorstand, den Antrag des Dresdener Reichsvereins solange nicht zur Beratung zu bringen, bis die in Chemnitz eingelegte Kommission ihre Prüfung beendet hat.

In einer zweiten Resolution nehmen Vorstand und Ausschuss von dem Rücktritt Langhammers aus dem Vorstand Kenntnis, beschließen jedoch den Posten des ersten Vorsitzenden nicht zu besetzen, solange nicht die eingelegte Kommission gesprochen hat.

Erzberger will sich nicht abschütteln lassen. Ein Teil der Parteipresse, und namentlich die „Blätter der Volkszeitung“, hat sich, wie wir berichtet haben, aus Anlaß des Rücktritts Derburgs dagegen gewehrt, für die Anträge und Erklärungen des Abgeordneten Erzberger verantwortlich gemacht zu werden. So leicht will sich aber Herr Erzberger nicht abschütteln lassen, und er wickelt in der „Mittelschme“ darauf hin, daß er seinen Antrag schon am 16. April im Namen der Fraktion angekündigt habe; was über eine Sitzung des Fraktionsvorstandes berichtet wurde, gehöre „in das Gebiet der Fabel“. „Wenn ich auch in vielen Punkten“, so schreibt er, „mit der „Blätter der Volkszeitung“ gar nicht übereinstimme — ich befinde mich dabei in recht guter Gesellschaft innerhalb der Parteipresse — so kann man doch von einem Parteimitglied verlangen, daß es gegenüber einem Parteigenossen die Wahrheit nicht in der hier geforderten Weise auf dem Kopf stellt.“ Das ist doch bei der Partei für Wahrheit, Freiheit und Recht so üblich.

Ausland

Die **Minister-Anklage in Dänemark**. Das dänische Reichsgericht setzte am Montag Vormittag seine Verhandlungen fort. Der öffentliche Ankläger fuhr in seinem Plaidoyer fort und sagte z. a.: Wenn ich nicht beantragte, Albert vor dem Reichsgericht zu vernehmen, so ist dies aus drei Gründen nicht:

1. weil Albert doch seine Schuld bestritten würde,
2. weil Albert trotz der Bestreitung eines Amtsverbrechens als völlig überführt betrachtet werden muß und
3. weil ich, der Ankläger, dem Reichsgericht und dem Lande ein solches Verhör ersparen wollte. Der Ankläger schloß mit der Hauptbehauptung, daß der Angeklagte Christensen gegen Albert nicht eingeschritten sei und sich deshalb einer Verletzung seiner Amtspflicht schuldig gemacht habe und nach dem Strafgesetz zu bestrafen sei. Darauf wandte er sich dem Verhältnis des Angeklagten Berg zu der Bauernparlasse zu und erklärte, daß er bei diesem Punkte zugleich die Mitverantwortlichkeit Christensens behandeln werde, welche diesen dadurch treffe, daß er Berg nicht befehlig, eine Untersuchung der Bauernparlasse zu veranlassen. Schließlich sagte der Ankläger, er behaupte mit Bestimmtheit, daß Berg mit Verschleierlichkeit und Willen unterlassen habe, gegen die Bauernparlasse einzuschreiten, indem er dadurch beweise, seine Hand über Albert zu halten, dessen Fall für die Reformpartei von ungeheurem Schaden gewesen wäre.

Holand von Berlin.

Roman von Willibald Hegels (H. Goring.)

„Ihr hätte wohl Herr Johannes aufmerksamer zugehört, wenn schon um anderen Grund, so nicht draußen ein Geräusch auf der Treppe gewesen, und es gleich an die Tür gepocht hätte. Und was er auf der Gassen gesehen, das ließ ihn erwarten, was kam, und sein Herz schlug vernünftig.“
„Das ist ja arg! — Es geht zu weit!“ — „Wir halten's nimmer!“ so rief es und polterte vor der Tür, unterirdische Stimmen, und über die Gassen, um die Ecken ward es laut, und sie schlugen die Fenster auf und riefen hinaus: was es gebe?
„Der Bürgermeister muß uns helfen“, so hörte eine rauhe Stimme, und darauf traten in die Stube einige vier und fünf von den Bürgern. Waren dabei Balzer Döpin, der Kohlhäuser, und Hans Jabemad, der Gewandhändler, und Hans Kleinmeißel, der war von den Schuhmachern. Auch von den Knochenbauern war einer dabei und einer von den Bäckern, der hielt eine Rolle in der Hand mit einem Stiegel, das herumlesend, und schauten alle wild und erzürnt.
„Wir wollen's nicht!“ rief der von den Knochenbauern.
„Was ihr, Meister?“ war ihnen Herr Johannes entgegen.
Da wollten alle vier und fünf zugleich antworten, aber Hans Jabemad machte sich Wort: „Es ist ja arg, ist nicht erlaubt, was sich der Rat herausnimmt. Die Lore was verflochten aus den Bürgern. Sind die Lore da, daß man sie schleicht und das halbgötter niederstößt für die Dammenschen, so was selbst sind, und wir nicht mögen; aber nimmer für die, so betrogen werden und sie gedummen haben. Wer ist die Stadt, die Wätern und die Lore, daß wir stehen können heraus und herein, als uns beliebt.“

„Ist das denn“, unterbrach der Bürgermeister, „daß ihr's dumm Ueberzeugung habt verlor?“
„Ja, was unser Recht ist, Ueberzeugung?“ fuhr Hans Jabemad fort, und wies auf die Rolle. „Wir von den vier Gewerden haben, als da in der Stadt keine Hilfe ist für uns, unsere Beschwerden niederzuschreiben lassen wider den Rat, der da sein Rat ist, sondern ein Unrat, denn er hat wider der Stadt Schanden und Gottes Gebot, und verletzt die Ordnungen, daß er die Ordnung halten soll. Als dann, daß uns keine Hilfe, der uns helfen sollte in den Wätern, wollen die Gewerde hinanzusetzen, und haben und die gebot, als ihre Daratnehmer, daß wir außer den Wätern Hilfe suchen, als dann unsere Hilfe getan, bei dem Herrn, der nicht über die Stadt allein geht ist, sondern er ist über das ganze Land, und soll aufhören zum Nachen überal. Als wir nun ist in

der Fells ausstrecken wollten, und der gute Herr Balzer Döpin will uns das Gehele geben mit den Seinen bis Spandem, wo her gnädige Marggraf Hof hält, da lassen sie uns nicht zum Tor raus.“
„Sie lassen uns nicht zum Tor raus“, riefen die andern.
„Wiesan uns die Regie und lachten und höhnten.“
„Wer?“
„Des Rats seine Gefellen!“ rief Jabemad. „Ihre Knechte und Reibeigenen haben sie an die Tore gestellt, mit Spießen und Keulen. Kaiser, schlechte Kerle Wenden, laßwische Gefährter. Ist das recht, ist das rühd an guten Bürgern?“
„Woh und Lobshlag!“ rief der Knochenbauer, „so ihr das hingehen laßt so seid ihr kein Bürgermeister. So wir das dulden, sind wir nicht Bürger mehr. Das ist ein Schimpf und eine Schand!“
„Sie küssen die Stuemglocken und es geschieht was!“
„Herr Johannes litz sich den Mantel umgeben und setzte sein Barett auf, denn er hatte mit Verwunderung zugehört: „Ist bin doch noch Bürgermeister.“
„Zeigt's ihnen, Herr bei Gott, es ist hohe Zeit, daß ihr's ihnen zeigt. Sie müßeln, ihr wotet's am längsten gewesen.“
„Neben will ich noch ein Wort mit ihnen, so lange ich's bin.“
„Und wir wollen Euch nachschreiben, daß es ihnen in die Ohren gell!“ rief der Knochenbauer.
„Die Glocken sollen's ihnen noch besser in die Ohren läuten“, rief Hans Kleinmeißel. „Auf ihre Köpfe komm es, Blut und Brand!“
Dargobers winkte ihm Herr Balzer, daß er zu heftig war. Der Bürgermeister hatte es auch gehört und hielt inne.
„Ihr seid im Recht und das ist unerhörte Eigenmacht.“
„Ihr hat in Rat und nur im Rat widerlegt man Unrecht. Ihr wolt zum Margrafen, und das ist Euer Recht. Zeigt mir Euer Schrift.“
Hans Kleinmeißel zog sie zurecht und lächelte und alle lachten, aber an höhnlichen hinter dem Rücken des Bürgermeisters der Knochenbauer.
„Wilt Verlaß“, sprach Hans Jabemad, „uns hat Herr Matthias Blantenfelde gestern Abend ansagen lassen, wir hätten nichts mit Eurer Wohlweisheit zu verkehren, wir sollten Euch nicht unsere Schrift vorweisen, bei des Rats Achtung.“
„Ihr künnt sie noch einmal zerreiß“, sagte er leiser hinzu.
„Matthias Blantenfelde!“ rief Herr Johannes. „Litz er das?“
„Und noch mehr anderes, gekreuzter Herr“, trat ihm Balzer Döpin vor, „was sich für uns nicht schickt, so daß wir's Euch wiederzulegen. Denn für uns seid ihr noch die Obrigkeit, so Gewalt über uns hat. Was schert nicht, was der Rat meint und spricht wider Euch, der nicht unser Rat ist, sondern kein

eigener. — Nein, Herr Johannes Rathenow“, sagte er streng, „das ist nicht mehr zu dulden; und, wenn's zum Meisten kommt, komme es über den, der die Hände in den Schoß legt. Von Euch, als Bürgermeister, fordern wir in Sitte und Gehilflichkeit, daß ihr das Tor uns aufschließen laßt, denn noch heut will die Bürgerchaft ihre Lage andringen bei dem gütigen Herrn. Der wirt uns ein Ohr leihen, wenn andere taub sind.“
„Herr Johannes hätte auch taub sein müssen, so er das Geschrei draußen nicht vernommen, denn allertwegen in der Stadt ward es laut. Und ich hörte man's unter den Dienstleuten im Haus heulen und schreien, und herein strözte die Ruhe Bertus und rang die Hände: „Hab' ich's nicht gesagt, Herr Johannes, es kommt, es kommt! Sie halten ihr Rat die Herren, sie sehen dich ab. Der Ausrufer im Sparthackord ruft es aus an allen Ecken, du bist verstrickt, Johannes. Ach Christ Jesus, ich hab's gesagt!“
„Zur langen Bräuden!“ rief Herr Johannes und schellte an die großen Türe, die all sein Angestunde zusammenrief. — Die Sonntagsumher an die Degen und Hellebarden! Den Stad dortan! Bin noch Bürgermeister und will ein Wort mit ihnen reden!“
„Gnädiger Herr!“ kifferte Balzer Döpin ihm zu. „So ihr verdammt, ich hätte noch ein besonder Geschäft mit Euch vorher. Die Summe fuhr ich bei mir, um die Verschuldung zu lösen. Es ist die Stunde.“
„Auf der langen Bräuden“, stieß ihm der Bürgermeister zu. „Es soll alles offen und klar geschehen.“
„Und da er vor seine Türe trat, zornig als er war, zogen sie die Klüben und winkten mit den Lähern, und einer schrie ihm das zu, der andere das, denn es war bald ruckbar worden, daß er nach dem Rathaus zöbe, mit den Herren ein Wort zu reden. Die Nachbarn nickten ihm aus den Fenstern und schauten gegen die Gollnischen. Was Wunders, es wohnen ja Wätern um Sankt Nikola! Da rief einer: „Es tut nimmer gut, so alle ecklichen Großmüder am Ruder sind.“ Und aus allen Häusern ließ dem Bürgermeister zu ihm ein ordentlich Geleit zu geben, daß Junger Elisabeth, oben am Fenster, die zuerst voller Angst war, frohen Sinnes ward. Noch mehr aber ward sie's, da sie unter den Deuten den Henning sah. Der ritt auf einem Roß und hatte einen schwarzen Rod an, aus dem schlicht und gepufft mit Seiden, und auf seiner Krappen trug er eine Feder: wars die des Raubvogels, aber er hatte sie hübsch zugerufen und vom Goldschmiede sauber lassen lassen. „Schert er hier wie ein Ritter aus.“ Er hatte wohl Geld genug, um das zu tun, wunderten sich aber doch die Leute und munkelten allertand. Herr Johannes sah ihm nicht, denn Henning war weit hinter ihm, und wars ein arges Gebränge, und das nahm immer überhand, je weiter sie kamen.

Partei-Angelegenheiten.

Von der Österreichischen Sozialdemokratie. Auf dem letzten Österreichischen Parteitag in Wien...

Arbeiterbewegung.

Lohnbewegung für Holzgewerbe.

In Marzitz, Borsdorf haben die Arbeiter in den Werkstätten für Lithographische Handwerkskunst die Arbeit eingestellt...

Zur Ausberrung der Metallarbeiter in Sagen-Schwelm. Die Einigungsverhandlungen haben sich zerlegt. Ueber die Lohnforderungen bei der Firma Diederhoff...

Der Streik der Schuhmacher in den Untereschoren. Dieser Streik wäre nicht so aggressiv vorgegangen, wenn sie die Stimmung der Arbeiterschaft kennen würden...

In der Werkzeugmaschinenfabrik von Schwertfeger & Co. in Wiesbaden ist ein Streik ausgebrochen. Die Schulente nehmen natürlich wieder Partei für die Firma...

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Am 9. Juni erfolgten Reichstagswahlen wurden insgesamt 17.707 Stimmen abgegeben. Davon erhielten Arbeitersekretäre...

Witterung und Wetter.

Das Wetter am Sonntag Nachmittag hat zwar in den meisten Teilen von Breslau und in der Provinz vielfach Niederschläge gebracht, die Breslauer selbst aber waren immer noch auf den langgeheulenen Regen...

Ohlau, 14. Juni. Tod durch Ertrinken. Am Sonntagabend gingen einige Schüler der hiesigen Stadtschule in die Oubadanaflut...

Brieg, 14. Juni. Einschränkung des Ersten Bürgermeisters. Gestern Morgen fand im Beisein des Regierungspräsidenten die Einschränkung des Ersten Bürgermeisters statt...

Schweidnitz, 13. Juni. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich in der vorigen Woche auf der Chaufee nach Weigenroda...

Jauer, 14. Juni. Robe Tierquälerei. Einen nicht-menschlichen Streich verübte in der Nacht vom Sonntag zum Montag ein Unbekannter im Stall des Viehhändlers Sommer hier...

Birkenhal, 14. Juni. Eine erschütternde Niedertrage die hat sich hier abgespielt. Der 12-jährige Schulfreund Konrad Dreyer war von seinen Eltern beschuldigt worden...

Grünberg, 14. Juni. Kleinbahn nach Sprocklau. Die Gründung der Kleinbahn Grünberg-Sprocklau hat mit einem Aktienkapital von 2.550.000 Mark hierhergeführt...

Posen, 14. Juni. Ein Unfall des Ballons. Posen. Aus Danzig wird den „Posener Neuesten Nachr.“ telegraphisch gemeldet: Beim Füllen des Ballons „Posen“, der sich an der Ballonfestschau mit Automobilbesetzung...

Bromberg, 14. Juni. Bomkampffabrik. Bromberg ist von der Ausberrung weniger stark betroffen worden. Nur in den ersten Wochen konnte man von einer solchen sprechen...

Genossen! Agitiert überall für die Arbeiterpresse!

Zur Sommer-gehörne Kinder machen den Mittern ein Sorge, da die Ruhmlichkeit in den Jahren leicht verdirbt. Die Ernährung mit „Rufese“, keine leichte Verdaulichkeit und keine Wirkung auf die feinsten Gehirn...

Das Alkoholverbot. Die Fellen sind vorüber, wo man ohne Bewusstseinsverlust Bier und Wein und Schnaps in ungemessener Menge, ohne viel nachzudenken, durch den Hals...

Der Konflikt zwischen Vatikan und Deutschland. Der Streit zwischen Vatikan und Deutschland ist in der letzten Zeit ein ernstes Streifen mit Spanien, der auch in die katholischen Länder der Streitsucht des von den Vatikan geleiteten Staatssekretärs Merry del Val...

Die Erziehung für den Nationalrat in Böhmen. Die Erziehung für den Nationalrat in Böhmen ergab den Sieg des freisinnig-demokratischen Kandidaten Bauer mit 18.198 Stimmen. Der Sozialdemokrat Egg erhielt 12.514, der Christlich-Soziale Baumberger 1228 Stimmen...

Die Beratungen über Briand's Regierungsprogramm in der zweiten Kammer Frankreichs haben begonnen. Die Beratungen über die allgemeine Politik. Etwa 20 Redner haben sich zum Wort gemeldet...

Der Sieg der Pariser Trambahner. Die Trambahner der Nordbahnen haben einen vollen Sieg erungen. Zwei Tage nur hat der Streik gedauert, der 25 Linien völlig stillgelegt hatte...

Nachweisen der ungarischen Wahlen. Von militärischer Seite wird mitgeteilt, dass während der ungarischen Wahlen 220 Wahllokale und 168 Estabros, im ganzen 9 Armeekorps Affizien geleistet haben...

Die türkische Boykottbewegung gegen Griechenland. Der Griechische Wühler hat in Serres nicht an den Rdnig von England einen offenen Brief, in dem er ihm eine Stellungnahme zu Gunsten Griechenlands in der Kretafrage vorwirft...

Der griechische Gesandte in Konstantinopel Gyparis ist bei den Vorkäufen vorzeitig geworden, um die Aufmerksamkeit der Mächte auf die wachsende Boykott-Bewegung und die angebotene Ausweisung der Griechen, sowie auf die Aufhebung gegen Griechenland...

Demission des serbischen Kabinetts. Da bei der Abstimmung in der Elwischka über den 18. der Wahlreformvorlage, der mit 54 gegen 34 Stimmen angenommen wurde, einige hervorragende Abgeordnete der Regierungspartei gegen den Vorschlag stimmten...

Am 13. Juni verschied nach langen Leiden unser lieber Sohn, Bruder und Schwager
Ernst Witte
 im Alter von 28 1/2 Jahren. Dies seligen Gedächtnis an die trauernden Eltern
Otto Witte u. Frau
 nebst Geschwister.
 Beerdigung: Donnerstag, den 18. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gräbchener Friedhofes aus. Trauerhaus: Siebenhufenerstrasse 75.

Handwerker-Versammlung.
General-Versammlung
 am Freitag, den 24. Juni cr., abends 8 Uhr im Saale der früheren Stadtbrauerei bei Gastwirt Priezel, zu welcher wir die Vertreter der Kassennmitglieder und der Arbeitgeber ergeblich einladen.
 Tagesordnung:
 1. Abnahme der Rechnung des Jahres 1909.
 2. Entlastung des Rechnungslegers.
 3. Besprechung über die Verschmelzung der Ortskrankenkassen.
 4. Anträge, Mitteilungen.
 Waldenburg, den 11. Juni 1910. 3017
 Der Vorstand. G. Mysliki.

Ziehung schon 6. Juli cr.
Wohlfahrts-Lotterie
 für die armen Blinden Schlesiens.
 2170 Gewinne im Gesamtwert von } **33500 Mark**
 Gewinn-Plan:
 1 à 10 000 M. 4 à 150 = 600 M.
 1 à 3 000 " 10 à 100 = 1000 "
 1 à 1 250 " 25 à 50 = 1250 "
 2 à 750 = 1500 M. 100 à 20 = 2000 "
 3 à 400 = 1200 " 200 à 10 = 2000 "
 1820 à 5 = 9100 "
 Für die Silbergewinne sind Käufer mit 90% bar vorhanden.
 Lose à 2 Mark 5 Lose für 9.30 Mark. Porto u. Liste 11 Lose für 20 Mark. 30 Pfg. extra.
 Obige Lose empfiehlt und versendet
B. Klement, Breslau I, Ring 22, geradeüber vom Schwelb. Keller.
 Spezial-Lotterie, Bankgeschäft und Münzenhandlung.
 Obige Lose sind zu haben bei:
 Robert Arndt, Lotterie-Geschäft, Neue Schwelbnitzerstr. 2a.
 Albert Koenig, Ohlaustr. 65 am Christophorusplatz sowie in den bekannten, durch Plakate kenntlichen Losverkaufsstellen hier am Platz und in den meisten Städten Schlesiens. [3015]

Die Gleichheit
 (Frauenzeitung.)
 Alle 14 Tage erscheinend, Heft 10 Pfennig.

Pfänder-Auktion
 Donnerstag, den 23. Juni cr.: 2918
 Pfänderei-Institut Westendstraße 47.

Sojennäherin!
 auf Gefährlichen sucht 3019
 Caffron, Ostschiffstraße 10.

Geliebte Plätterin
 für sofort bei dauernder Beschäftigung gesucht Plätterin Poststr. 26.

Verkauf sehr. Möbel!
 Schrank, Bettst. u. Bettst. u. Sofa, 52. Eise. u. Eisen. 50, 50, 70 Pf. Friedrichstraße 66. 3018

2 gebrauchte Singer-Maschinen
 für 15 und 24 Mk., sehr gut erhalten, bei Rosenfeld, Kreuzstr. 1. [2758]

Kaufe alte Schränke!
 Bettst. u. Bettst. u. Sofa, 52. Eise. u. Eisen. 50, 50, 70 Pf. jenseitige Zahlung. 3018
 Wabler, Gartenstraße 35.

Jeden Mittwoch und Freitag:
Spezialtag
 ff. Leber- und Prehnwerk nach Lehninger Art.
 Mittwoch
 1/4 Pf. 20 Pf.
 Bei ein Bind-Gutnahme 75 Pf.
Hildebrand,
 Rosenhallerstraße 4 und beide Marktstellen.

Vorsicht
 beim Kohlen-Einkauf.
 Lassen Sie Ihre Kohle nur bei anerkannten Lieferanten. Verlangen Sie überall die Richtschnur.
Verein Bresl. Kohlenhändler.

Bitte verschweigen!
 Das dankbar beste u. billigste in fort. Ausfertigung von 2 1/2 bis 2 1/2 nach Maß, elegant Verarbeitete, haltbare gute Stoffe, 17 Mk. Kautschuk-Handschuhe, 18 Mk. Kautschuk-Handschuhe, 18 Mk. Kautschuk-Handschuhe, 18 Mk. Kautschuk-Handschuhe.
Das beste Waschmittel.
 1/2 & Paket 15 Pfg.



Schauspielhaus
 Dienstag, 8 Uhr:
 „Vater“
 Mittwoch, 8 Uhr:
 „Die Stiefmutter“.
 Donnerstag, 8 Uhr:
 Erstes Gastspiel Irene Triesch.
 „Rosmersholm“.
Sommer-Theater
 (Licht-Exhibitionen).
 Gastspiel: Antonio Tostaff
 Thodore & Ole.
 Schwank in 8 Akten.
 Anfang 8 Uhr:
 Im Garten: Grosses Kourert.

Viktorla-Theater
 Täglich:
 „Breslau!
 was sagst Du nu!“
 Revue in 6 Bildern mit
Henry Bender.
 Anfang 8 Uhr.
 Stelle wie gewöhnlich.

Zeltgarten
 Dir. H. Krausnik.
 Künstler-Vorstellung
 im
Garten.
 Entree
10 Pfg.

Palmengarten.
 Dir. H. Krausnik.
 Innen dazu gepächzten
Garten
Frei-Konzert.

24. u. 25. Juni cr. **Nächste Ziehungen** 6. Juli cr.
Rote + Lotterie
 des Vaterländischen Frauenvereins.
 Hauptgewinne i. W. v. M. 50 000
 20 000 10 000 usw.
 Für die Gewinne sind Käufer mit 90% bar vorhanden.
 Lose à 3.30 M. { Porto u. Liste 30 Pfg. extra.
2 Rote + Lose und 2 Wohlfahrts-Lose für M. 10.70 (incl. 2 Listen u. Porto nach auswärt. Rechnung 20 Pf. extra.
 Obige Lose empfiehlt und versendet
B. Klement, Breslau I, Ring 22, geradeüber vom Schwelbnitzer Keller.
 Spezial-Lotterie-, Bankgeschäft und Münzenhandlung.

Bekanntmachung.
 Von Seiten der drei Grossbrauereien
 in Pilsen in Böhmen
 ist gegen das von mir für mein ganz helles Lagerbier nach Pilsener Art verwendete Flaschenetikett Einspruch erhoben worden, mit dem Vorgeben, dass dieses zu Verwechslungen mit ihrem echten Pilsener Bier Veranlassung biete.
 Infolgedessen habe ich mich entschlossen, von heute ab von einer weiteren Etikettierung bis zur gerichtlichen Entscheidung abzusehen, jedoch behalten meine Flaschen nach wie vor den Verschlussstreifen mit meiner Schutzmarke als Garantie für Original-Brauereizug.
 Breslau VI, den 13. Juni 1910. 3016
C. Kipke, Brauerei.

Auf Teilzahlung!
 In Anbetracht der Ausbreitung erhalten viele Leute bis Renovation: Möbel, Spiegel und Porzellanwaren in bekannter Qualität mit 5% Zins laut Briefbuch. Per Kasse zu annehmbar billigen Preisen.
Gebr. Buchmann,
 Bismarckstraße 2. 2880

Wir empfehlen:
Los von der Kirche.
 Eine durch drei Ordnungsstufe und Wortentziehung unterbrochene, aber im Feenpalast zu Berlin vollendete Landtagsrede von Adolph Hoffmann.
 Preis 20 Pfennige.
Buchhandlung „Volkswacht“

Arbeiter-Gesundheitsbibliothek.
 Die Gesundheit ist des Arbeiters einziges Gut. Erhaltung der Gesundheit ist gleichbedeutend mit Erhaltung der Arbeitskraft. Darum ist der Arbeiter an der Hygiene, derjenigen Wissenschaft, welche von der Erhaltung der Gesundheit und Krankheitsverhütung handelt, in noch höherem Grade interessiert als der Besondere.
 In gemeinverständlicher Darstellung, unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterverhältnisse sollen in loser Aufeinanderfolge die für den Arbeiter wichtigsten Abschnitte aus dem weiten Gebiet der Gesundheitspflege von erfahrenen Ärzten bearbeitet werden, so zwar, daß jedes Heft für sich ein abgerundetes Ganzes bildet.
 Bisher erschienen:
 Heft 1. Die erste Hilfe bei Unglücksfällen.
 2. Das erste Lebensjahr, von Dr. Silberstein. Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.
 3. Gesundheitspflege des Nervensystems. Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung.
 4. Der Achtstundentag, von Dr. Jabel. Eine ärztliche Begründung der sozialdemokratischen Forderung.
 5. Alkoholfrage und Arbeiterklasse, von Dr. Fröhlich. Eine empfehlenswerte Agitationsbrochure.
 6. Das Schulkind, von Dr. Silberstein. Die Kinder vor Schulkrankheiten schützen, ist Zweck dieses Büchleins.
 7. Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten, von Dr. Gebert. Belehrend über diese, für jeden Menschen wichtige Frage.
 8. Nahrung und Ernährung, von Dr. Hajek. Ein wichtiges Kapitel für jeden Arbeiter und seine Familie.
 9. Wie sollen wir uns kleiden? von Dr. Paul Bernheim.
 10. Der Arbeiterschutz mit besonderer Berücksichtigung der Berufshygiene von Dr. R. Epstein-Rindgen.
 11. Frauenleiden und deren Verhütung.
 12. Vom medizinischen Aberglauben, von Dr. E. Theising-Ragdeburg.
Jedes Heft 20 Pfg.
 Diese Abhandlungen sind für jedermann verständlich geschrieben und sollten in keiner Familie fehlen.
 Zu haben in der Expedition der „Volkswacht“ und durch unsere Agenturen.

Die Kunstgaben in Keifform
 Herausgegeben von der freien Lehrervereinigung für Kunstpflege, Berlin, bringen sie in einem starken, künstlerischen Umschlag verpackt, die schönsten und bedeutendsten Bilder eines Meisters verschiedenartig in vollkommener Doppelseitenweise auf seinem Kunstdruckpapier.
 Jedes Heft, 14 bis 16 Kunstblätter enthaltend (Format 21 : 29 cm), kostet nur 1 Mark.
 Von Hans Thoma erschienen bereits früher:
 Hans Thoma, ein Buch seiner Kunst, 16 Blätter des Meisters mit einer Einleitung, Gemälde, Lithographien, Zeichnungen mit vorzügliche figurlichen Darstellungen. 1 Mark.
 Hans Thoma, Landschaften. 15 Blätter mit einer Einleitung. Eine Auswahl der schönsten und besten Landschaften. 1 Mark.
 Von anderen Meistern wurden veröffentlicht:
 Wilhelm Steinhausen, Stillleben u. Landschaften. 14 Blätter mit einem Geleitwort von Gerhard Krügel.
 Bild. Steinhausen sollte neben Thoma, Meißel und Uebe in jedem deutschen Hause „haben“ sein. Er ist der Künstler, der im Jüngsten ergriffen und reifsten und in die Region geistiger und seelischer Schönheit haben kann.
 Fritz von Uebe, eine Kunstgabe für das deutsche Volk, mit einem Geleitwort von Alexander Troll. 14 Blätter nach seinen schönsten und wertvollsten Werken, wie „Bäcker die Kinder zu mir kommen“, „Koma“, „Der Jesu, der unser Gott“, „Die Jünger in Emmaus“ u. a.
 Wilhelm Leibl, aus seinem Lebenswerk. 14 Blätter mit einem Geleitwort von Otto Schjerve.
 Eine Sammlung von Bildern der höchsten Kunst wird hier gegeben. Köstlich belauschte Kompositionen und Charaktertypen, Jagdbühne u. a.
 Alfred Meißel, 16 Blätter mit einer Einleitung von Walter Friedrich. Verzeichnis der Bilder: 1.-6. Familienbild; 7. Frauenbild; 8. Genesung; 9. Der Tod als Bänder; 10.-15. Auf ein Totentanz; 16. Der Tod als Fremde. Meißel gehört zu unseren Großen. In seiner erst deutschen Kunst sind Form und Inhalt zu wunderbarer Einheit verschmolzen.
 Oswald Segantini, 16 Blätter nach Kopierungen, mit einer Einleitung von Wilhelm Kappke.
 Das lange, aber reiche inhaltvolle Schaffen des Meisters wird hier in seinen charakteristischsten Werken gegeben.
 Jean François Millet, 14 Blätter nach Bildern des Meisters, mit einer Einleitung von Gerhard Krügel.
 Dieses Heft gibt ein vollständiges Bild von dem Lebenswerk des großen französischen Meisters, für Freunde der Dorfmalerei wird es eine wertvolle Freude sein.
 Leopold Graf von Saldern, 14 Kunstblätter nach 5 Zeichnungen mit einem Geleitwort von Alex. Troll.
 Die besten Bilder des Künstlers: Porträts, Kinderstudien, Landschaften und großartige Landschaften sind in dieser Kunstgabe vereinigt.
 Zu beziehen durch die Buchhandlung der „Volkswacht“.

Am 15. Juni verschied nach langen Toden unser Heber
Sohn, Bruder und Schwager 3020

Ernst Witte

Im Alter von 28 1/2 Jahren. Dies zeigen tiefbetrübt an
Die trauernden Eltern
Otto Witte u. Frau
nebst Geschwister.

Beerdigung: Donnerstag, den 16. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des Gräbischener Friedhofes aus.
Trauerhaus: Slobodnutenstrasse 75.

Handwerker-Ortstranzenkassen.

General-Versammlung

am Freitag, den 24. Juni cr., abends 8 Uhr
im Saale der früheren Stadtbrauerei bei Gastwirt Prielzel,
zu welcher wir die Vertreter der Kassenmitglieder und der Arbeit-
geber ergebenst einladen.

Tagesordnung:
1. Abnahme der Rechnung des Jahres 1900.
2. Entlastung des Rechnungsführers.
3. Besprechung über die Verschmelzung der Ortstranzenkassen.
4. Anträge, Mitteilungen. 3017

Waldenburg, den 11. Juni 1910.
Der Vorstand. G. Mysliski.

Ziehung schon 6. Juli cr.

Wohlfahrts-Lotterie

für die
armen Blinden Schlesiens.

2170 Gewinne im } **33500 Mark**
Gesamtwert von } Gewinn-Plan:

1 à 10 000 M.	4 à 150 = 600 M.
1 à 3 000 "	10 à 100 = 1000 "
1 à 1 250 "	25 à 50 = 1250 "
2 à 750 = 1500 M.	100 à 20 = 2000 "
3 à 400 = 1200 "	200 à 10 = 2000 "
	1820 à 5 = 9100 "

Für die Silbergewinne sind Käufer mit
90% bar vorhanden.
Lose à 2 Mark 5 Lose für 9.30 Mark. Porto u. Liste
11 Lose für 20 Mark. 30 Pfg. extra.
Obige Lose empfiehlt und versendet
B. Klement, Breslau I, Ring 22, geradeüber vom
Spezial-Lotterie-, Bankgeschäft und Münzenhandlung.

Obige Lose sind zu haben bei:
Robert Arndt, Lotterie-Geschäft, Neue Schweidnitzstr. 2a.
Albert Leiser, Ohlaustr. 65 am Christophersplatz
sowie in den bekannten, durch Plakate kenntlichen Losverkaufs-
stellen hier am Platz und in den meisten Städten Schlesiens. 3015

Die Gleichheit

(Frauenzeitung.)
Alle 14 Tage erscheinend, Heft 10 Wien. 3016

Pfänder-Auktion

Donnerstag, den 23. Juni cr.: 2918
Händels-Inst. Westendstr. 47.

Sofennäherin!

auf Gefächstaschen sucht 3019
Gaffron, Polstrasse 10.

Geübte Plätterin

für sofort bei dauernder Beschäftigung
sucht Plättentisch Dörfstr. 26.
Wenig gebrauchte Handfaß- u. Näh-
maschine preiswert zu verkaufen
H. Nitz, Mittelstr. 20. 3021

Verkauf gebr. Möbel!

Schrank, Vertikal, Bettstellen, Sofa,
Stuhl, Tisch, etc. zu 20, 50, 70 etc.
Friedrichstr. 60. 3018

2 gebrauchte Singer-Maschinen

für 15 und 24 Jhr., sehr gut erhalten, bei
Hosenfeld, Remarkt I. 2756

Kaufe alle Schränke!

Beifuss, Beifuss, Sofa, Komod,
Schrank, etc. etc. etc. etc. gegen
sofortige Zahlung. 3018
Wahler, Gassenstr. 36.

Jeden Mittwoch und Freitag:
Spezialtag
H. Leber- und Schwein-
nach Thüringer Art.
Markthall
1/4 Pfg. 30 Pfg.
Bei ein Hund-Einnahme
75 Pfg.

Hildebrand,

Rosenhaldenstr. 4
und beide Markthallen.

Vorsicht

beim Kohlen-Einkauf.
Kaufe Sie Ihre Kohle nur bei unseren
ersten Händlern. Erlauben Sie ihnen
die Möglichkeit. 3020

Verein Bresl. Kohlenhändler.

Alle Kohlenhändler!
Das Kohlen-Handelsgewerbe in Bresl.
Kaufe von 1/2 Mk. an, nach Mass,
einstufige Verpackung, Ankauf zu
Stück, 17 Mk. etc. etc. etc. etc.
Kohlenhändler, Albrechtstr. 41, II.
(Goldschmied). 3020

„Reformier“ = überall käuflich!
Unter-Biere verdienen Ihre Beifuss,
bei ihrer vorzüglichen Reizbarkeit.

Verleih-Institut


eleganter
Frack-
u. Rock-Anzüge
Chapeau-Claques.
H. Mohaupt,
Karlsruhe 1, I.,
Ecke Schweidnitzstrasse,
(früher Albrechtsstrasse).
Tel. 1301. 2636

Rohtabake

in großer Auswahl empfiehlt billigst
Carl Rother & Rode
Breslau I, Gasse 28.

Schweinefleisch

Reich 55 Pfg. Weich. Schinken u.
Schule 70. Rindfleisch 70 auch Reisz.
Herr. Rindfleisch 1. toben 60, Rind-
fleisch 70, Rindfleisch ohne Knochen 80,
Schinken 80, Leber, Fleisch 80,
Bereitschnitt 70, Schweinefleisch roh 65,
ausgeschl. 80, Schinken, auch geschl.
85-90, Rindfleisch 80 Pfg. 3014
Für Fleischerei-Einzelverkauf 12.



Dr. Thompson's
Sesquichlorid
das beste Waschmittel.
1/2 K. Paket 15 Pfg.

Schauspielhaus

Donnerstag, 8 Uhr:
„Vater“.
Mittwoch, 8 Uhr:
„Die Slobodnufährigen“.
Donnerstag, 8 Uhr:
Erstes Gastspiel
Irene Triesch.
„Rosmerholm“.

Sommer-Theater

(Lieders-Abendessen).
Gastspiel: Antonie Tetsch
Theodore & Ole.
Schwank in 8 Akten.
Anfang 8 Uhr:
Im Garten: Grosses Konzert.

Viktoria-Theater

Täglich:
„Breslau!
was sagst Du nu!“
Neu in 6 Akten mit
Henry Bender.
Anfang 8 Uhr.
Preise wie gewöhnlich.

Zeltgarten

Dir. H. Krainik.
Künstler-Vorstellung
im
Garten.
Entree
10 Pfg.

Palmengarten.

Dir. H. Krainik.
Sonnig dazu gepachteten
Garten
Frei-Konzert.

Auf Teilzahlung!

In Anbetracht der Ausdauer erhalten viele Leute bis Renovation:
Möbel, Spiegel und Porzellan in bekannter Haltbarkeit mit
5% Ertrag laut Preisbuch. Per Kasse zu annehmbar billigen Preisen.
Gebr. Buchmann,
Fischergrasse 2. 2880

Arbeiter-Gesundheitsbibliothek.

Die Gesundheit ist des Arbeiters einziges Gut. Erhaltung
der Gesundheit ist gleichbedeutend mit Erhaltung der Arbeitskraft. Darum
ist der Arbeiter an der Hygiene, derjenigen Wissenschaft, welche von der
Erhaltung der Gesundheit und Krankheitsverhütung handelt, in noch höherem
Grade interessiert als der Bestenbe.
In gewandelter Darstellung, unter besonderer Berücksichtigung
der Arbeiterverhältnisse sollen in jeder Ausgabefolge die für den Arbeiter
wichtigsten Abschnitte aus dem weiten Gebiet der Gesundheitspflege von er-
fahrenen Autoren bearbeitet werden, so zwar, daß jedes Heft für sich ein
abgerundetes Ganzes bildet.

Bisher erschienen:

1. Die erste Hilfe bei Unglücksfällen.
2. Das erste Lebensjahr, von Dr. Silberstein. Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.
3. Gesundheitspflege des Nervensystems. Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung.
4. Der Achtstundentag, von Dr. Jabel. Eine ärztliche Begründung der sozialdemokratischen Forderung.
5. Alkoholfrage und Arbeiterklasse, von Dr. Fröhlich. Eine empfehlenswerte Agitationsbrochure.
6. Das Schulkind, von Dr. Silberstein. Die Kinder vor Schulkrankheiten schützen, ist Zweck dieses Büchleins.
7. Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten, von Dr. Gebert. Belehrend über diese, für jeden Menschen wichtige Frage.
8. Nahrung und Ernährung, von Dr. Chajes. Ein wichtiges Kapitel für jeden Arbeiter und seine Familie.
9. Wie sollen wir uns kleiden? von Dr. Paul Bernstein.
10. Der Arbeiterkampf mit besonderer Berücksichtigung der Berufshygiene von Dr. W. Späcker-König.
11. Frauenleben und deren Verhütung.
12. Vom medizinischen Aberglauben, von Dr. E. Theising-Magdeburg.

Jedes Heft 20 Pfg.

Diese Abhandlungen sind für jedermann verständlich geschrieben und sollten in keiner Familie fehlen.
Zu haben in der Expedition der „Volkswacht“ und durch unsere Agenturen.

24. u. 25. Juni cr. Nächste Ziehungen 6. Juli cr.

Rote + Lotterie

des Oesterreichischen Frauenvereins.
Hauptgewinne i. W. v. M. 50 000
20 000 10 000 usw.
Für die Gewinne sind Käufer mit 90% bar vorhanden.
Lose à 3.30 M. { Porto u. Liste 30 Pfg. extra.

Wohlfahrts-Lotterie

Für die armen Blinden Schlesiens.
Gesamtwinne i. W. v. M. 33 500
Hauptgewinne: M. 10 000
3 000 1 250 usw.
Für die Silbergewinne sind Käufer mit 90% bar vorhanden.
Lose à 2 M., 5 Lose für M. 9.30,
11 Lose für 20 M.
Porto und Liste 30 Pfg. extra.

2 Rote + Lose und 2 Wohlfahrts-Lose für M. 10.70
2948 Obige Lose empfiehlt und versendet
B. Klement, Breslau I, Ring 22, geradeüber vom
Spezial-Lotterie-, Bankgeschäft und Münzenhandlung.
Schweidnitzer Keller.
Infr. 2 Stellen u. Porto nach auswärts. Rücknahme 20 Pfg. teurer.

Bekanntmachung.

Von Seiten der drei Grossbrauereien
in Pilsen in Böhmen

ist gege., das von mir für mein ganz helles Lagerbier nach Pilsener
Art verwendete Flaschenetikett Einspruch erhoben worden, mit dem
Vorgeben, dass dieses zu Verwechslungen mit ihrem echten Pilsener
Bier Veranlassung biete.
Infolgedessen habe ich mich entschlossen, von heute ab von einer
weiteren Etikettierung bis zur gerichtlichen Entscheidung
abzusehen, jedoch behalten meine Flaschen nach wie vor den Ver-
schlussstreifen mit meiner Schutzmarke als Garantie für Original-
Brauereiabzug.

Breslau VI, den 13. Juni 1910. 3016
C. Kipke, Brauerei.

Wir empfehlen:

Los von der Kirche.

Eine durch drei Ordnungsstufe und
Wortentziehung unterbrochene, aber
im Feenpalast zu Berlin vollendete
Landtagsrede von Adolph Hoffmann.
Preis 20 Pfennige.
Buchhandlung „Volkswacht“

Die Kunstgaben

in Heftform

herausgegeben von der freien Lehrervereinigung für Kunstpflege, Berlin, betragen,
je in einem Heft, künstlerischen Umschlag bereinigt, die schönsten und be-
deutendsten Bilder eines Meisters verschiedenfarbig in vollkommener Doppel-
tonübertragung auf feinem Kunstdruckpapier.

Jedes Heft, 14 bis 16 Kunstblätter enthaltend
(Format 21 x 29 cm), kostet nur 1 Mark.

Von Hans Thoma erschienen bereits früher:

- Hans Thoma, ein Buch seiner Kunst, 16 Blätter des Meisters mit einer Einleitung, Gemälde, Lithographien, Zeichnungen mit vorzüglicher feiner Darstellung. 1 Mark.
- Hans Thoma, Landschaften, 15 Blätter mit einer Einleitung. Eine Auswahl der schönsten und besten Landschaften. 1 Mark. Von anderen Meistern wurden veröffentlicht:
- Wilhelm Steinhilber, Gemälde u. Zeichnungen, 14 Blätter mit einem Geleitwort von Gerhart Krügel.
- Wilh. Steinhilber sollte neben Thoma, Meissel und Ullbe in jedem deutschen Hause „haben“ sein. Er ist der Künstler, der im Innern ergreift und tröstet und in die Regionen geistiger und seelischer Schönheit führt kann.
- Feig von Ullbe, eine Sammlung für das deutsche Volk, mit einem Geleitwort von Alexander Zrohl, 14 Blätter nach seinen schönsten und wertvollsten Werken, wie „Lasset die Kleinen zu mir kommen“, „Kommt, Herr Jesus, sei unser Gott“, „Die Jünger in Emmaus“ u. a.
- Wilhelm Meissel, aus seinem Lebenswerk, 14 Blätter mit einem Geleitwort von Otto Gebhardt.
- Eine Sammlung vom Leben der höchsten Kunst wird hier gegeben. Köstlich beleuchtete Portraits und Charaktertypen, Jagdbilder usw.
- Alfred Meissel, 16 Blätter mit einer Einleitung von Wilhelm Reichert, Bergbilder der Elbe: 1.-4. Gemäldeausgabe; 7. Gemäldeausgabe; 8. Gemälde; 9. Der Tod als Bürger; 10.-15. Kunst als Volkstum; 16. Der Tod als Fremder. Meissel gehört zu unseren Großen. In jeder Art des höchsten Kunst sind Form und Inhalt zu wunderbarster Einheit verschmolzen.
- Giovanni Segantini, 16 Blätter nach Zeichnungen, mit einer Einleitung von Wilhelm Reichert.
- Das lange, aber nicht inhaltvolle Schaffen des Meisters wird hier in seinen charakteristischsten Werken gezeigt.
- Jean-François Millet, 14 Blätter nach Werken des Meisters, mit einer Einleitung von Gerhart Krügel. Dieses Heft gibt ein treffliches Bild von dem Lebenswerk des großen französischen Meisters. Für Freunde der Dorfmalerei ist es eine kostbare Fundgrube.
- Leopold Graf von Saldern, 14 Kunstblätter nach 5 Zeichnungen mit einem Geleitwort von Alex. Zrohl. Die besten Bilder des Meisters: Portraits, Landschaften, Landschaften und geistvolle Portraits. In jeder Ausgabefolge bereinigt.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung der „Volkswacht“.

1. Beilage zu Nr. 137 der „Volkswacht“.

Mittwoch, den 15. Juni 1910.

Kommunal- und Universitätspolitik im Abgeordnetenhaus.

Das Dreiklassenhaus hielt am Montag eine in mehr als einer Beziehung interessante Sitzung ab. Zwar die Besetzung der Senatsämter vorlage bot nichts von Belang. Ein paar Duzend Redner verschiedener Fraktionen brachten ihre Anschauungen vor, aber an den Kommissionsbeschlüssen wurde weiter nichts geändert.

Der größte Teil der Sitzung wurde von der Beratung zweier bedeutender Interpellationen ausgefüllt, die beide angenommen wurden. Ein Zentrumsantrag Ling verlangte ein Gesetz, das die Vorschriften über die Bildung kommunaler Zweckverbände auf das gesamte Staatsgebiet ausdehnt. Ein sozialistischer Fraktionsvertreter Antea forderte die baldige Vorlage eines Gesetzes über einen Zweckverband Groß-Berlin, der sich aber nur auf die Fragen des Verkehrs, der Gesundheits-, der Baupolizei und der Wälder erstrecken soll. Der Antrag Ling fand allgemeine Zustimmung, und der Geheimrat Freund sagte namens der Regierung baldige Erfüllung des in dem Antrag ausgesprochenen Wunsches zu. Auf Bedenken verschiedener Art ließ dagegen der Antrag Antea, der denn auch nicht ohne Interesse angenommen, sondern an die Kommission verwiesen wurde.

Der Fortschrittler Cassel erhob Einwände, von denen manche sich sehr wohl hören ließen, während andere nur zu sehr die Farbe des Berliner Kommunalstreits trugen. Unter Fraktionsredner Ulrich, dessen kommunalpolitische Kenntnisse und Erfahrungen weit hinaus über die Kreise unserer Partei sich der größten Beachtung erfreuen, betrachtete die Frage von einer höheren Warte aus. Selbstredend wollen wir ebenso wenig wie der Freisinn einen Berlin auf die Nase gesetzten Epizeuxisten, aber in das begreifbare Lob der Selbstverwaltung, wie es Herr Cassel anstimmte, können wir angesichts des kommunalen Dreiklassenwahlrechts und des jede gesunde Entwicklung hemmenden Hausbesitzprivilegs nunmehr einstimmen. Der Antrag Ling ist für uns durchaus akzeptabel, bei dem Antrag Zedlitz müssen wir einmal angeführt der bekannten politischen Bestimmung des Antragstellers vor Hintergedanken auf der Hut sein und zum anderen feststellen, daß der Antrag längst nicht weit genug geht. Es besteht gar keine Veranlassung, den Zweckverband nur für bestimmte Zwecke zu bilden, während andere Zwecke ebenso dringend der einheitlichen Regelung harren. Läßt man sich dann zur Verhandlung gelangende freiwillige Antrag zur Regelung der Rechtslage der Stuben, von einer der sympathischsten Fortschrittler, Herr von ... in seiner Art sehr gut begründete, wurde selbstredend aus auf das Nachdrücklichste unterstützt. Genosse Liebenow wies darauf hin, wie sehr es veralteten, zum Teil noch dreier mittelalterlichen Bestimmungen des Universitätsrechts, dieses Gemisch von bräunlichen, grotesken und komischen Vorschriften, auch vom Standpunkte des bürgerlichen Rechtsstaates aus dringend der Reform bedürftig. Als unser Fraktionsredner im Laufe seiner trefflichen Ausführungen auf die Bonnier Vorgänger kam, randaletierte wieder einmal die Rechte, deren Wortführer ein Graf mit dem französischen Namen d' ... wurde, zuvor die Karzerromantik gepriesen und nach der Maßregelung sozialdemokratischer Studenten gerufen hatte. Die Nationalliberalen, deren Redner Dr. Friedberg diesmal recht sympathisch sprach, stellten sich im wesentlichen auf den Standpunkt der Freisinnigen, und da auch das Zentrum seinen unersättlichen Widerspruch fahren ließ, so wurde der Antrag angenommen. Auf der Tagesordnung der Dienstagssitzung stehen zunächst Petitionen.

Zum Kampf im Baugewerbe.

Von den örtlichen Verhandlungen im Baugewerbe liegen wieder nur Ablehnungsergebnisse vor. Ueberall scheitern die lokalen Einkunftsverhandlungen an der Lohn- und Arbeitszeitfrage. Die Unternehmer lehnen jede Verbesserung ab.

So wird aus Varmen berichtet: Für das Bergische Land wurde eine Einigung nur in ganz unwesentlichen Punkten erzielt. In der Lohnfrage gaben die Vertreter des „Einkunftsverbandes der bergischen baugewerblichen Betriebe“ die Erklärung ab, eine allgemeine Lohnverhöhung während der dreijährigen Vertragsdauer nicht eintreten zu lassen, wodurch die Verhandlungen scheiterten.

In Zwickau l. S. scheiterten die Verhandlungen an der Stundenlohnverhöhung. Die Unternehmer wollen ganze 2 Pfa. innerhalb der dreijährigen Tarifdauer zubilligen, und zwar 1911 1 Pfa. und 1912 wieder einen Pfa. 1910 sollten die Arbeiter leer ausgehen. Die Arbeiter forderten 10 Pfa. Lohnverhöhung pro Stunde. Die Unternehmer bewilligten 20 Pfa. Lohnzuschlag pro Stunde nur für Sonn- und Feiertagsarbeit, Lohnanzahlung am Freitag und Arbeitslohn am Samstag um 1/2 Uhr (bisher 1/6 Uhr). Die Lohnfrage unterliegt nunmehr auch hier dem Schiedsgericht der Unparteiischen in Dresden.

In Rathenow forderten die Bauarbeiter eine Vergrößerung der Arbeitszeit auf 1/2 Stunden und 10 Pfa. Lohnzuschlag. Die Unternehmer lehnten die Arbeitszeitverlängerung ab, boten für dieses Jahr nichts, für 1911 einen Fennig für 1912 einen weiteren Fennig Zulage. Die Bauarbeiter lehnten das Angebot als ungenügend ab, worauf auch die Unternehmer ihr Angebot zurückzogen. Es wird nun auch für Rathenow auf die Entscheidung des Schiedsgerichts ankommen.

Auch in Düsseldorf verließen die Verhandlungen ergebnislos. In München waren die Verhandlungen insofern von besonderer Bedeutung, als der Leiter der Verhandlungen, Gewerbegerichtsdirktor Dr. Brenner, der auch als Unparteiischer amtiert hatte, erklärte:

„Nach einer Mitteilung des Reichsamts des Innern sollen Gespräche unter den Arbeitgebern im Umlauf sein, wonach die Unparteiischen erklärten, für dieses Jahr seien sie für eine Lohnverhöhung nicht zu haben. Wie Geheimrat Dr. Wiedefeld, so erklärte auch er, daß dies in keiner Weise zuträfe. Er habe niemand gegenüber eine derartige Äußerung oder Erklärung abgegeben.“

Brenner machte dann den Vermittlungsvorschlag, daß die Arbeitszeit für dieses Jahr auf 10 Stunden zu belassen sei, daß sie im Jahre 1911 auf 9 1/2 Stunden und im Jahre 1912 auf 9 1/4 Stunden zu verkürzt sei. Die Stundenlöhne sollten sofort um 3 Pfa., ab 1. April 1911 um weitere 8 Pfa. und ab 1. April 1912 um 2 Pfa. erhöht werden. In allen übrigen Punkten solle es beim alten bleiben. Nach 2 1/2 stündigen Verhandlungen der Parteien differierten die Forderungen noch erheblich. Schließlich stimmten die Vertreter der Arbeiter den Vorschlägen zu. Dagegen hatte Dr. Brenners eindringliches Ermahnen, doch die Verhandlungen nicht scheitern zu lassen und nicht alles dem Schiedsgericht in Dresden zu überlassen, und Wiedefelds Hinweis, daß das Schiedsgericht drei Wochen tagen müßte, wenn es über alle örtlichen Differenzen entscheiden soll, bei den Unternehmern nur den Erfolg, daß sie nach zweifelhafte Debatte erklärten, eine Entscheidung ihrer Mitglieder herbeizuführen.

Die Unternehmer lehnten die Vorschläge des Herrn Dr. Brenner ab. Also sind auch hier die Verhandlungen gescheitert.

Die Situation erscheint somit als sehr kritisch. Wenn es schon den Vermittlungen Dr. Brenners nicht gelang, die Parteien zusammenzuführen, so erscheint eine Lösung der heiß umstrittenen Fragen über Lohnhöhe und Arbeitszeit durch das Schiedsgericht in Dresden wenig aussichtslos.

Das Schiedsgericht tritt zu zentralen Verhandlungen am Dienstag in Dresden zusammen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 14. Juni.

Geschichtskalender.

15. Juni.

- 1848 Der norwegische Komponist Edward Grieg in Bergen.
- 1850 Der Weibhiner Ernst Schweninger in Kreisstadt (Oberpfalz).
- 1898 Reichstagswahl 1.750.000 sozialdemokratische Stimmen.

Trotz Sonnenschein und Hitze!

Nächsten Donnerstag große Flugblatt-Verbreitung über die ganze Stadt Breslau. Die Genossinnen und Genossen treffen sich Abends 6 Uhr in den Bezirkslokalen; wer erst um 7 Uhr Feierabend hat, kommt um diese Zeit.

Es gilt das Volk aufzuklären! 100.000 Flugblätter sollen in alle Wohnungen getragen werden und jedermann zeigen, wie heute in Preußen und Deutschland gewirtschaftet wird. Dem Volke neue unerhörte Steuern, aber kein freies Wahlrecht, damit es nichts zu sagen hat; dem König von Preußen aber eine Gehaltszulage von 3 1/2 Millionen Mark. So reizen die Junker und die Pfaffen und ihre liberale Gefolgschaft das Volk auf. Wer wollte da zurückbleiben und die günstige Zeit nicht agitatorisch ausnützen? Viele hunderte Genossinnen und Genossen werden am Donnerstag gebraucht, wenn die Arbeit schnell und gründlich gemacht werden soll. Es soll uns eine Freude sein, diese Arbeit zu leisten.

Wo stelle ich mich zur Flugblattverteilung?

Zur Arbeit am Donnerstag finden sich alle Genossen und Genossinnen in folgenden Bezirkslokalen ein, wo das Material ausgeleitet wird:

- Distrikt 1 (Gabsig) Kronprinzstraße 44.
- 2 (Gauerbrunnen) Augustastr. 19.
- 3 (Gräßlicher Vorstadt südlich) Kewaldstraße 12.
- 3a (nördlich) Siebenhufenstraße 19.
- 4 (Mitolator) Leutenstraße 2.
- 6 (Anderssenstraße) 10.
- 7 (Leutenstraße) 62.
- 8 (Oberdor) Mehlgaße 52/54.
- 8a (Bellafelstraße) 6 (Rohgasse).
- 9 (Matthiasstraße) 140.
- 9a (Rosenstraße) 20a.
- 10 (Sandtor) Bückerstraße 15.
- 11 (Michaelisstraße) 26.
- 12 (Schüringer Vorst.) Paulstraße 42.
- 13 (Hirschstraße) 68.
- 14 (Obdauer Tor) Königsgrabenstraße 10.
- 15 (Gewerkschaftshaus).
- 16 (Strehlemer Tor) Hubenstraße 80.
- 16a (Hobrauer Tor) Hobrauerstraße 70.
- 17 (Schwaidnitzer Tor) Lohstraße 68.
- 17a (Neuborsstraße) 65.
- 18 (Innere Stadt, östlich) Reberberg 7.
- 19 (westlich) Kupferschmiedestr. 21.
- Land-Distrikt 3 (Gerbain) Schönstraße 17.
- 12 (Böpelwitz) Frommstraße 14.

Auf, zur Flugblatt-Verbreitung!

Geplanter Umbau des Breslauer Obertorbahnhofes.

Ueber die Unzulänglichkeit der Straßenverbindungen am Obertorbahnhof wird seit Jahrzehnten geklagt. Eine wirkliche Abhilfe kann aber erst eintreten bei einer Höher-

Aus aller Welt.

Albert Träger wurde an seinem achtzigsten Geburtstag ganz außergewöhnlich gefeiert und die Gratulanten setzten sich aus den verschiedensten Lagern zusammen. Webel widmete dem Älten im „Vorwärts“ einen schmuckhaften Geburtstagsartikel und Wilhelm II. stiftete ihm den Kronenorden zweiter Klasse, auch Vernburg gehörte zu den Gratulanten. Der bekannte Demokrat Herr v. Gellert überfandte ein Schreiben, in dem es heißt: „Bestatten Sie mir als Ihrem politischen „Gegner“, Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche auszusprechen. Es gehört zu meinen angenehmsten Festtagszeremonien, Sie als einen aufrichtigen Verfechter der großen Traditionen von 48 persönlich kennen gelernt zu haben. Wir stehen in getrennten Lagern. Ich fühle jedoch aus jedem Ihrer Artikel und aus jeder Ihrer Reden heraus, daß das Einverständnis viel mehr ist als das Trennende. Immer wird die deutsche Demokratie mit höchster Dankbarkeit des Mannes gedenken, der im 80. Lebensjahr auch mit derselben Frische den großen Idealen der Freiheit dient wie in seinen Jugendjahren. Ich hoffe, Sie als einen Gegner noch manches Jahr zu hören.“

Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion des Abgeordnetenhauses überbrachte der Abg. Borgmann einen Strauß roter Nelken. Albert Träger bedankte sich in seiner Dankrede, daß er trotz aller politischen Unterschiede mit der sozialdemokratischen Fraktion immer befreundet gewesen sei, und so solle es bleiben, bis das gemeinsame Beste erreicht sei.

Der Originalität wegen erwähnen wir folgende Geburtstagsgratulation:

Der Vorstand der Fortschrittlichen Volkspartei des Wahlkreises Hagen-Schwelm hat an Albert Träger nicht nur einen Glückwunsch, sondern auch ein Geschenk geschickt. Es ist ein Hammer, eine Säge, ein Hammer, eine Säge und ein Nagel. Der Hammer trägt die Widmung: Die Fortschrittlichen Männer aus Hagen-Schwelm dem Obergeschäftemeister der Partei Albert Träger zu seinem 80. Geburtstag 12. Juni 1910. Der Nagel trägt auf dem Kopf die Aufschrift: „Albert Träger 1910“ und auf den vier Seiten des Stiftes die Aufschrift: „Dieses ist der Nagel, den er immer auf den Kopf trifft.“

Eine prächtige Charakteristik des aufrechten Mannes, an dem sich manch ewig vorsichtiger Diplomat ein Vorbild nehmen sollte. Es wird heute so viel daneben gehalten, meint die „Morgenzeitung“ in schmerzvoller Erinnerung an die Abstimmung der Fortschrittlichen Volkspartei bei der Zivildienst-Erhöhung.

Die Blitzkatastrophe in der Jungferheide. Die Gewitterkatastrophe hat noch größeren Schaden angerichtet, als er sich in den ersten Stunden nach dem Ereignis übersehen ließ. Die Risse der Verlesten ist noch weiter angeschwollen. Wie inzwischen festgestellt worden ist, hatte eine ganze Reihe Verlesten, die schwer verletzt wurden, sich geweigert, Aufnahme im Krankenhaus zu finden, und sich nach ihren Wohnungen fahren lassen. Man betrachtet auch, daß die Katastrophe noch mehr als die bis jetzt bekannten sechs Toten gefordert hat; wenigstens ist es nicht ausgeschlossen, daß Verletzte, die von den Angehörigen nach ihren Wohnungen geschafft wurden, dort ihren Verletzungen erliegen sind. Die Verlesten, die noch im Krankenhaus liegen, haben sich fast alle gut erholt. Eine ganze Anzahl konnte schon entlassen werden. Bisher befinden sich noch 12 Verwundete im Krankenhaus, von denen die Mehrzahl vielleicht schon am nächsten Tage zur Entlassung kommen dürfte.

Ueber Einzelheiten bei der Katastrophe berichten Berliner Blätter:

Gegen 6 1/2 Uhr schlug der Blitz in das „Schützenhaus“, ein bekanntes Sommerrestaurant, unweit der Ecke des Nordbühnen- und der Seestraße. Der elektrische Funke lief durch den Schornstein in den großen Tanzsaal, in dem sich etwa zweihundert Personen befanden. Der Blitzschlag wirkte glücklicherweise hier keine Verletzungen an, sondern führte in die Erde und scheint dann nach dem etwa hundert Meter entfernten Baum des Friedhofes geleitet worden zu sein. Dort sprang der Funke auf den über dem Brettergau angedachten Stacheldraht über und glitt in den Menschenhaufen hinein. Die Wirkung war entsetzlich. In Hunderten stürzten inmitten eines großen, schweißigen Strahls die Menschen nieder. Eine lautlose Stille, dann ein Schrei der Bergweisung, ein gelendes Hilfergeschrei, das wälschen gehörte wurde. Hier und da richtete sich ein Mann oder eine Frau auf, schwante launelnd umher, sich belustend, und in finstlerischer Stille das Weite suchend. Andere wieder klammerten sich in festsamen Stellungen. Diesem ist die Hand, ja man sieht die Hände gelähmt, laut erwidert es aus zahllosen Röhren: „Hilfe, Hilfe!“ Dazu die hereinbrechende Dunkelheit und der unerbittlich herüberwandelnde Gewitterregen, der bald große Mägen und Rücken bildete. Als mehrere beherzte Männer die Bedienung abgefordert und sich der anderen Verunglückten annähmen wollten, dieser sich ihnen ein feindseliges Gesicht dar. Gewissermaßen Personen, Männer und Frauen, liegen bedäut, verbrannt und entsetzlich ausgerichtet auf dem Erdboden. Hier liegt langausgestreckt ein Gorbis, tot

mit offenen Augen. Die eine Hand hält das Feingewehr umklammert, die andere Hand liegt auf dem Herzen. In die Knie gesunken vornübergebeugt, als wenn er betete, finden die Retter etwa zehn Meter entfernt unter einem Baum eine etwa fünfundsiebzigjährige Frau, die weiß geliebet ist. Auch sie scheint einem schmerzlosen Tod gefunden zu haben, denn ein Lächeln liegt auf dem vollen, frischen Gesicht. Nur einige Schritte entfernt liegt ein junger, etwa 23-jähriger Mann in schwarzem Jackettanzug. Er liegt auf dem Rücken, während neben ihm ein 16-jähriges Mädchen, am ganzen Körper völlig gelähmt, entsetzlich wimmert. Ueberall Schwerverletzte und Tote. Dazu noch etwa 50 leichter Verletzte, die zum Teil nur vom Blutzug bläut worden sind.

Ueberfall auf eine Schauspielerin. In München wurde die Hofschauspielerin Klötze Schwarz auf dem Heimwege vom Residenztheater in der Nähe des Prinz-Regenten-Theaters nachts von einem jungen Mann angefallen. Der Täter raubte ihr nach heftiger Gegenwehr die Handtasche, in der sich nahezu 400 Mark Bargeld, eine wertvolle Damenuhr und mehrere andere Gegenstände befanden und ergriff hierauf unerkannt die Flucht.

Erhängen. Auf der Mehlgaße erschossen aufgefunden wurde in der Deide bei Ullrog der 28-jährige alte Hofbesitzer Stang. Der Hinterkopf des Toten war durchschossen, das Gewehr lag neben der Leiche.

Neuer Ueberfall. Der Aviatiker Hamilton ist Montag Morgens 7 Uhr 35 Min. in seinem Aeroplan aufsteigen und hat den Flug New-York-Philadelphia ausgeführt. 8 Uhr 40 Min. überflug Hamilton in 800 Meter Höhe die Stadt Trenton. Diese Stadt liegt auf halbem Wege zwischen Philadelphia und New-York. Ein Polizist. Der Vorstand des Polizeiamtes in Germantown, Polizeiamtman Stadelmeier, ist wegen jahrelanger Benützung von polizeilicher Strafgelder verhaftet worden.

Literatur.

Der moderne Wohnhandbau hat ebenso wie der Bau öffentlicher Anlagen gegenüber den Einrichtungen der Vergangenheit geradezu unwahrscheinliche Entwicklungen durchgemacht. Diese neuen Ziele bedingen naturgemäß auch neue Materialien, denen Architekt Max Radoch-Berlin in einem hochinteressanten Aufsatz „Die Bewertung der Baustoffe durch den Rentier“ eine ausführliche Besprechung widmet. Es geschieht dies in den beiden ersten Nummern der „Zeitschrift für Architektur“, herausgegeben von dem Architekten Max Radoch-Berlin, 101-105 von Hans Raderskiel, Leipzig, 1910. Die Zeitschrift ist ein hervorragendes Organ für die Baukunst, in der die neuesten technischen Fortschritte des Bauwesens in anschaulicher Weise dargestellt werden. Die Zeitschrift ist ein wertvolles Organ für den Bauingenieur und den Architekten. Der Aufsatz von Radoch-Berlin ist ein hervorragendes Beispiel für die Darstellung der neuesten technischen Fortschritte des Bauwesens in anschaulicher Weise. Die Zeitschrift ist ein wertvolles Organ für den Bauingenieur und den Architekten.

Legung des Oberbahnhofs. Der Magistrat ist seit einer langen Reihe von Jahren wiederholt bei den verschiedensten Instanzen wegen Befestigung dieser großen Verkehrserschwernde vorstellig geworden und aus der Bürger-schaft sind unzählige Beschwerden und Petitionen laut geworden. Nach Vollendung des Umbaus der Verbindungsbahn hat sich die Eisenbahndirektion entschlossen, auch eine Verbesserung der Verhältnisse auf dem Oberbahnhofs in Aussicht zu nehmen. Nach langwierigen Verhandlungen ist nun ein Umbauentwurf von dem Minister der öffentlichen Arbeiten genehmigt und inzwischen auch landespolizeilich festgestellt worden.

Die Einstellung der Mittel in den nächstjährigen Staatshaushalt wird davon abhängig gemacht, daß die Stadtgemeinde Beiträge von 19.000 Mark für die Gebung der Ostwäcker Unterführung und 62.000 Mark für Verbreiterung und Erhöhung der Unterführung der Trebnitzer Chaussee auf 21 Meter und 4 Meter Höhe leistet.

Die früher ganz unzureichende Unterführung der Ostwäcker Straße ist gelegentlich des Baues des Stadthausens und Herstellung des Gelsaustausches daselbst durch Vertrag mit der Königlich Eisenbahndirektion im Jahre 1896 umgebaut worden. Die Verbreiterung genügt, dagegen ist die tief eingeschnittene Straßentage ungesund, weil dadurch bei allen stärksten Regengüssen die oberste Schicht des Bodens eintrifft. Der Ueberbau soll um etwa 40 Zentimeter gehoben werden. Dadurch wird es ermöglicht, die etwaige zu geringe Höhe der Unterführung zu vergrößern und die Straßentage gelegentlich einer Neuverfestigung zu heben. Hierdurch wird die Gefährdung der Begehung des Straßenbahnverkehrs wegen Ueberschneidung berrington.

Als eine halbe Maßnahme für einen Baken Geld. Die Unterführung der Trebnitzer Chaussee mit einem 5,65 Meter Breite und nur 3,60 Meter Höhe einseitig der Verkehrsbedürfnisse seit langer Zeit in keiner Weise mehr. Sie verhindert die Durchfahrt der größeren Feuerwehrfahrzeuge und macht die Durchfahrt einer Straßensbahn unmöglich. Da die Straße infolge der tiefen Lage auch häufig überflutet wird, ist der Verkehr vielfach ganz unterbrochen. Zur vorübergehenden Verbesserung des Fußgängerverkehrs ist zwar der alte Fußweg auf hochwasserfreie Lage gehoben worden. Bei der landespolizeilichen Prüfung des Bahnhof-Umbauprojektes hat der Magistrat sich bemüht, nachzuweisen, daß die Eisenbahnverwaltung die Unterführung auf ihre Kosten baulich abstellen zu lassen und hat für das neue Unterführungsbauwerk eine Länge von 21 Meter bei 4 Meter Höhe verlangt. Die Landespolizeibehörde hat aber entschieden, daß die Eisenbahnverwaltung den jetzigen Verhältnissen entsprechend nur verpflichtet sei, den Umbau mit 16 Meter Breite auf ihre Kosten vorzunehmen. Der Magistrat hat hierauf ein Abkommen mit der Eisenbahndirektion dahin getroffen, daß die Unterführung in 21 Meter Breite errichtet wird, und die Stadt die Mehrkosten für diese Verbreiterung von 16 auf 21 Meter übernimmt. Da die Eisenbahnverwaltung auch nur verpflichtet ist, die Straßenbeseitigung in der bisherigen Beschaffenheit über herzustellen, so will die Stadt sich den Betrag auszahlen lassen und eine Neubeseitigung der Straße nach ihren Normen, unter Verwendung jenes Betrages, vornehmen lassen.

Trotz der geplanten großen Gebung des Bahnhofes ist es nicht möglich, die Straßentage zu heben. Da die Eisenbahndirektion die Verpflichtung zur Entwässerung der Unterführung, da diese auf natürlichem Wege nicht immer erfolgen kann, ausdrücklich anerkannt hat, wird sie daselbst eine elektrische Pumpe aufstellen, die das Wasser bei starken Regengüssen aus einem Sammelkanal in den städtischen Entwässerungskanal überpumpt soll.

Als auch hier eine höchst mangelhafte Venderung. Wegen Herstellung der Niedergassenunterführung, die ebenfalls mit dem Bahnhofsbau zusammenhängt, wird in den nächsten Tagen eine besondere Vorlage folgen. Die Kosten von 81.600 Mark sollen aus den in einer für dieses Jahr vorgesehenen neuen Anleihe für Verbreiterung von Straßen und Eisenbahnübergängen in Aussicht genommenen Mitteln gedeckt werden.

*** Flugblätter des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie** werden augenblicklich wieder einmal kübelweise über unsere Mitbürger ausgeschüttet. Anscheinend sucht dieser Reichsverband neue Selbgeber und präde, um seine Rührigkeit zu beweisen, alle „alten Bestände“ aus und wirft sie auf die Straße. Aber nicht nur den Passanten wird das Zeug angehängt, es fliegt auch durch die Post kundweise in einzelne Haushaltungen. Die Hervorsicht und Freigebigkeit des Reichsverbandes ist erklärlich, er hat sich bei allen Nachwahlen so unglaublich blamiert, daß er nicht mehr ein und aus weiß. Wir vermuten, auch die neue Hochstuf von Pamphleten wird weder sozialdemokratische Stimmgewinnungen noch Wahlsiege verhindern. Denn die Zeitgeschichte ist noch etwas stärker, als die Reiser, die aus solchen Flugblättern sich hören lassen.

*** Zum Streit bei Gebr. Guttsmann, Aktien-Gesellschaft.** In der Maschinenfabrik vorm. Gebr. Guttsmann, Siebenhufenerstraße, nehmen die Differenzen das ganze Jahr hindurch kein Ende. Es vergeht fast keine Woche, wo nicht in irgend einer Abteilung Affordabzüge angebroht oder gar vorgenommen werden und ein zweiter Betrieb ist in der Breslauer Metallindustrie zu nennen, wo auch nur annähernd so viel Differenzpunkte vorhanden sind. Die Arbeitererschaft befindet sich in einer ewigen Aufregung und erweckt es fast den Anschein, als suche die Betriebsleitung mit Absicht Konflikte heraufzubekommen. Alles dies macht es erforderlich, die Deffentlichkeit hieron rechtzeitig zu unterrichten, denn, wenn nicht alles kräftig, wird die nächste Zeit einen größeren Kampf mit sich bringen.

Gegenwärtig befinden sich die Arbeiter der Sager-gießerei im Ausstand, denn ihnen wurde in der letzten Zeit ganz besonders mitgespielt. Für eine Arbeit, die stets mit 15 Pfg. pro Stück bezahlt wurde, wurde nur noch 10 Pfg. angeboten und als hierbei in Frage kommenden Arbeiter dies ablehnten, erfolgte die sofortige Entlassung der Betroffenen. Kurz vorher war bereits ein Konflikt entstanden, da einigen Formern zugemutet wurde, eine bestimmte Sorte Lager zu einem äußerst niedrigen Preis herzustellen. Hier aber versprach die Firma, den Arbeitern entgegenzukommen, wenn ein vornehmender Versuch die Unmöglichkeit ergibt, daß die Arbeiter dabei auskommen können. Als jetzt nun, auf diese Unmöglichkeit hingewiesen, die Firma auch an ihr gegebenes Versprechen erinnert wurde, drohte man auch diesen Arbeitern mit der Entlassung. Darauf legten alle organisierten Kollegen, mit Ausnahme des Arbeiters Müller, Beschwerde, die Arbeit nieder. Außerdem haben auch ein gewisses Organisationskomitee sowie der Beirat

Rolbe als treue Diener ihres Herrn im Betrieb stehen. Die streikenden Arbeiter richten an alle die bringende Bitte, Arbeitsangebote der Firma Gebr. Guttsmann strikt abzu- lehnen und für mögliche Verbreitung der im Betriebe herrschenden Zustände Sorge zu tragen. Zum Schluß sei noch vermerkt, daß die vom Metallarbeiter-Verbande unter- nommenen Vermittlungsversuche abgelehnt wurden.

*** Wie die Firma F. W. Hoffmann, Maschinen-Fabrik Berliner Chaussee Lohngulagen macht.** Dehalsig u. a. die Firma 16 Pfennig Arbeiter, die das Verpacken und Verpacken der Maschinen, sowie eine Menge anderer schwerer Hofsarbeiten zu verrichten haben. Diese Arbeiter erhalten das stündliche Lohn von 26 bis 30 Pf. pro Stunde. Infolge der fortwährenden Steigerung aller Lebensmittelpreise kamen die Arbeiter überein, Hoffmann um eine Lohnzulage anzufragen. Die Arbeiter werden eines Tages vorstellig und Herr Hoffmann verspricht dem Wunsche der Arbeiter Rechnung zu tragen. Am Sonnabend erhalten die Arbeiter je einen Pfennig Zulage, aber nur vierzehn Mann, die anderen zwei werden entlassen. Die Lohnzulage wird aber nur unter der Bedingung gegeben, daß die noch in dem Betriebe verbleibenden vierzehn Mann dieselbe Arbeit leisten, die früher sechzehn Mann geleistet haben. Also:

14 Mann 1 Pfennig Zulage . . . = 14 Pf.
2 Mann entlassen (pro Stunde 26 Pf.) = 52 Pf.

Mithin ein Verdienst für die Firma von 38 Pf. pro Stunde und sich trotzdem als wohlwollender Arbeitgeber produziert. Kommen wir abermals!

*** Auch der königliche Herr Erste Staatsanwalt kann irren.** Ein „Angeklagter“ überbringt eine am 1. Juni ausgefertigte und am 7. Juni zugestellte Terminvorladung des Ersten Staatsanwalts in Glogau zu einem Termine, der am — 30. Mai 1910, Vormittags 11 Uhr vor der 2. Strafkammer in Glogau stattfinden wird. Wenn der Termin am 30. Mai stattfinden soll, darf der Herr Erste Staatsanwalt natürlich nicht erst am 1. Juni die Vorladung verschicken oder soll der Angeklagte etwa wissen, daß der Termin nicht am 30. Mai sondern am 30. Juni stattfindet. Der Herr Erste Staatsanwalt, der den Schmeppser seines Schreibers offenbar nicht bemerkt hat, würde einen sehr schlechten verantwortlichen Zeugnisausdruck abgeben. Er würde aus dem Verständnis gar nicht mehr herauskommen, wenn er nicht sorgfältiger lesen wollte. Freilich trauen wir dem Herrn Staatsanwalt schon an, daß er ein etwaiges Versehen eines sozialdemokratischen Redakteurs so fort bemerken und mit aller Strenge gegen den Sünder einschreiten würde.

*** Es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit fort** — das hat Goethe schon für seine Zeit konstatiert, wir dünken dasselbe für die Breslauer Polizeiprozesse sagen. Bekanntlich wurden vor ein paar Wochen die Genossen Jentsch und Pöbe von der Anklage freigesprochen, einen Umzug durch die Straßen der Stadt veranlassen zu haben. Die Polizei zog aus diesem Prozeß mit langer Nase davon und da ihr Genosse Neulich für die Abwehrmaßregeln am 13. März in der Verhandlung einen Spiegel vorgehalten hatte, der gerade nicht schmelzhalt ausfallen konnte, fühlte sich jetzt Herr Polizeikommissar Schmidt wegen der Wiedergabe des Gerichtsberichts in der „Volks-wacht“ beleidigt und zitierte den verantwortlichen Redakteur vor den Kadi. Es ist also dafür gesorgt, daß die Polizeistrategie vom 13. März eine nochmalige gerichtliche Untersuchung erfährt, was uns natürlich nur angenehm sein kann.

*** Gemeindevorstellung Kriestern.** Wie wenig ernst es mancher der heiligen Gemeindevorstellung mit seinem Amte nimmt, zeigte die letzte Sitzung, in der nicht weniger als fünf Herren fehlten. Es wurde über die Einführung einer Luftkarett-Station in der Glogauer Straße beraten. Im Prinzip erklärte sich die Mehrheit dafür und die darauf beruhende Ordnung deckt sich in der Hauptsache mit den in Breslau eingeführten Sägen. Weiter wurde beschlossen, zwei neue Schulbänke anzuschaffen und die vorhandenen zu reparieren. Darauf sollten schnell noch 10 — 12 Mark für byzantinische Zwecke bewilligt werden. Es handelte sich um die Frier des beerlebenden 100jährigen Todesjages der Königin Luise, der den Kindern ins Gedächtnis eingeprägt werden soll. Inzwischen war aber noch ein Herr nach Dank gegangen und damit Beschlunnsfähigkeit eingetreten. Bezeichnend war aber der Bewilligungseifer der bürgerlichen Vertreter. Sie glaubten alle, daß dafür Geld vorhanden sei, während es bei Gesuchen von Armen stets am Mangeln harrt. Am Donnerstag soll in einer neuen Sitzung das Geld bewilligt werden.

*** Sind die Unterhäsungen der Tabakarbeiter steuerpflichtig?** Der Finanzminister hat an die Vorstehenden der Einkommensteuer-Verwaltungskommissionen ein Schreiben gerichtet, worin er mitteilt, daß die Unterhäsungsbeiträge der Hausgewerbetreibenden und Arbeiter des Tabakgewerbes, die auf Grund des Tabaksteuer-gesetzes gezahlt werden, nicht zur Einkommensteuer herangezogen werden dürfen. Die Frage der Besteuerung würde zu beachten sein, wenn die Unterhäsungen als Einnahmen aus Rechten auf periodische Gebuhungen aufzufassen wären.

Nach den ständigen Rechtsprechungen des königlichen Oberverwaltungsgerichts werden als Voraussetzung für die Annahme eines Rechts auf periodische Gebuhungen das Vorhandensein eines Rechtsanspruches und das Bestehen einer periodischen Wiederkehr des Bezuges erfordert. Wenn auch hinsichtlich der in Frage stehenden Unterhäsungen, nachdem sie auf Grund des Artikels 14 des Gesetzes vom 15. Juli 1909 und der hierzu vom Bundesrat erlassenen Ausführungsbestimmungen von der zuständigen Behörde den geschädigten Arbeitern bewilligt worden sind, ein Rechtsanspruch als begründet wird angenommen werden können, so erscheint doch die weitere Voraussetzung der periodischen Wiederkehr nicht gegeben. Denn die Bestimmung im Artikel 14 bezweckt lediglich, den betroffenen Arbeitern unter gewissen Voraussetzungen und für eine bestimmte Zeit im Falle der Arbeitslosigkeit eine Unterstützung zu gewähren. Hiernach ist aber die Annahme berechtigt, daß es sich nicht um periodisch wiederkehrende Einkünfte handelt, sondern da die Bewuhungen auch nicht als Gegenleistung für eine Tätigkeit des Empfängers gewahrt werden, um außerordentliche Einnahmen gemäß § 7 des Einkommensteuergesetzes, welche steuerfrei zu be- lassen sind.

*** Die große Firma mit dem kleinen Gehalt.** Frau D. trat am 1. November v. J. in die Breslauer Filiale der Firma Gebr. H. & S. ein. Ihr Gehalt betrug 30 Mk. pro Monat. Man versprach aber wegen des niedrigen Gehalts eine Weihnachtsgeldzulage. Später vom 1. Januar ab sollte die Frau 35 Mk. pro Monat beziehen. Nach dem Weggange des Vorkristen wurde der Frau D. die alleinige Leitung der Filiale übertragen. Das Dienstverhältnis war jedoch von nicht langer Dauer. Stets ist die Firma mit der Gehaltszahlung im Streit geblieben. Trotz wiederholter Mahnungen konnte sie ihr Gehalt für die Monate Januar und Februar nicht erhalten und aus diesem Grunde stellte sie ihre Dienste am 2. März er. ein. Erst als der Inhaber der Firma, Gebr. H. & S., nach Breslau kam, wurde ihr das fällige Gehalt ausbezahlt. Das war am 19. März. Die Frau beanspruchte auf dem Klagewege den Betrag von 75 Mark, der sich aus dem Gehalt, Weihnachtsgeld und einem Betrages, den die Firma ungetreulichweise in Abzug gebracht hatte, zusammensetzte. Um den Prozeß möglichst lange zu verschleppen, ließ die Firma im ersten Termin ein Beschlunnsurteil ergehen. Da gegen erob die Entspruch. Im zweiten Termin machte der Vertreter recht charakteristische Einwände gegen die Klageforderung. Er behauptete, er habe die Klägerin die Stellung widerrechtlich verlassen, von einer Entschädigung konnte daher keine Rede sein, weshalb dürfte sie auch keine Weihnachtsgeldzulage in Anspruch zu nehmen, denn sie habe nicht das geringste geleistet. Drittens sei ihr das Krankengeld vom Gehalt mit Recht abgezogen worden, denn die Klägerin sei gewohnheitsmäßig krank gewesen. Da die

Klägerin Vertrauensbruch begangen, erhob die Klage eine Gegenanforderung, der Vertreter der Klägerin, Parteistellvertreter Sch. & L., war in der Lage, die gegenwärtigen Anzeichen als unzutreffend nachzuweisen. Es verlas Briefe der Firma an die Klägerin, worin ihr die volle Zulebenzeit ihrer Tätigkeit ausgedehnt und sie wegen ihres niedrigen Einkommens an spätere Zeit verdrängt wird. Man übertrug ihr die Filialleitung und behauptet, sie habe nicht für 50 Pf. Dienst geleistet. Sie hat auf die paar Groschen monatlich warten müssen und um nicht noch weiter umsonst zu arbeiten, hat sie die Stellung aufgegeben, was sie nach Gesetz berechtigt war. Trotzdem sagt man, sie habe Vertragsbruch begangen. Die Frau, die jetzt noch krank ist und ärztlich behandelt wird, soll ihre Krankheit anstreifen haben. Es sei gar kein Wunder, wenn eine Frau krank wird, wenn sie mit 30 Mk. den ganzen Monat auskommen soll, die sie sich oben- drein noch erarbeiten mußte. Das ist die große Firma „Allgemeiner Grundbesitz-Verkauf“, die über ganz Deutschland geht. Der Vorsitzende, Dr. Bracklein, schlug einen Vergleich vor. Großmützig wollte die Firma ihre Forderung fallen lassen, aber keiner Pfennig bezahlen. Der klägerliche Vertreter erklärte, mit 50 Mk. zufrieden zu geben, wenn das Geld sofort bezahlt werde. Die Gegenforderung erklärte er nicht an. Schon sollte das Urteil verkündet werden, als die Gegenpartei sich bereit erklärte, 50 Mk. in Form von 20 Pf. zu zahlen und die Gegenforderung fallen zu lassen. Diese Firma ist uns aus früheren Prozessen vor dem Gewerbegericht und Kammergericht noch bekannt. Ihre Praktiken gegen ihre Angestellten und Kunden wurden da sehr bekannt.

*** Ein Kapitel aus dem Schneidergewerbe.** Die Schneiderinnungen werden seit längerer Zeit von den Militärverwaltungen mit Aufträgen bedacht. Die Innungen geben vor, sie übernehmen die Fertigstellung von Militärkleidungsgegenständen nur, damit die Stellen Arbeit finden und sie nicht entlassen zu werden brauchen. Die Innung ist nicht ganz zureichend, die Schneidermeister wollen am Militärstand verdienen, sie kümmern sich sehr wenig um ihre Arbeiter. Viele der Meister, die Militärarbeiten übernehmen, haben keine Werkstatt, sie lassen die Beinleider, Mäntel usw. von Heimarbeiter herstellen, die nicht immer ihren verdienten Lohn erhalten, wie es folgender Vorfall beweist. Die Militärverwaltung des 5. Armeekorps in Rawitsch über- gab der dortigen Schneiderinnung die Anfertigung einer ziemlich großen Anzahl von Beinleidern. — Die dortigen Schneidermeister waren jedoch nicht im Stande, den Auftrag auszuführen und so überließ der Obermeister den Breslauer Schneider einen großen Posten. Auch der Schneidermeister Nitkowski wurde mit einer Anzahl Hosen beauftragt, welche dieser aber nicht selbst fertigte, sondern sie von einem Hausgewerbetreibenden, namens Gensh, herstellen ließ. — Witkowski schenkt mit Glückspatern nicht gesegnet zu sein, als eine Anzahl Hosen nach Rawitsch abgehandelt werden sollten, kam der Hauswirt und legte Druck auf den Schneider, höchstwahrscheinlich wegen Mißverständnisses. — Der Obermeister in Rawitsch half seinem Kollegen aus der Klemme. Er sandte ihm abermals 40 Paar Hosen, die wiederum von Gensh gefertigt wurden. W. erhielt für die vierzig Paar auch Bezahlung, das Geld verwendete er zur Einlösung der gepfändeten Kleidungsstücke, der Geselle erhielt keinen Pfennig Lohn. Dieser kam nun vor dem Gewerbegericht auf Zahlung von 82 Mk. 64 Pf. machen die 40 Paar Hosen aus und 16 Mk. 6 Pf. von den vorigen Rechnung noch Rest. Herr W. plauderte durch Abwesenheit, es wurde ein Beschlunnsurteil gegen ihn erlassen. Wie wir erfahren, zahlt die Militärverwaltung 3.50 Mk. pro Prunkleid, der Geselle erhält 1.80 Mk. — Wer verdient das Uebrige?

*** Wo war die Polizei?** In der Nacht vom 11. zum 12. d. Mts. wurden die 2. Wohnung der Kosow- und Weinstraße gegen 12^{1/2} Uhr durch einen Mann aus dem Schlafe geschreckt, der von mehreren jungen Burschen verläßt wurde. Der Mann muß fluchtartig entkommen sein, denn aus allen Fenstern sahen die Bewohner heraus, schimpften und fragten nach der Polizei. Ein Passant, der die Aufseher zu einem besseren Verhalten ermahnte, hätte beinahe die schönsten Hiebe bekommen. Als schließlich nach sehr langer Zeit doch ein Schutzmann herankam, verschwanden die Burschen schleunigst. Nur die Ruhe kann es machen“, denkt die Polizei vielleicht in solchen Fällen und wirklich, mit der Zeit wären wohl die Hiebe ihrer Wege gegangen, auch wenn gar kein Schutzmann gekommen wäre. Es genügt schon, wenn die Polizei sich bei Wahlrechtshochrufen die Beine ausreibt.

*** Unter der Mithige des Sommers** leiden nicht nur die Menschen, sondern auch die Tiere, besonders die Zugtiere. Man gebe ihnen unterwegs, wo sich die Gelegenheit bietet, etwas Wasser. Nur muß dann die Fahrt gleich weitergehen, auch darf der Trunk nicht zu reichlich sein. Aber erhitte Tiere, die außer Tätigkeit treten, mit kaltem Wasser zu laben, ist eine gefährliche Sache, welche den Tod des Tieres zur Folge haben kann. Noch vor 40 Jahren war es den Soldaten streng verboten, auf dem Marsche Wasser zu trinken. Spätere Erfahrungen brachten das Verbot zu Falle, weil man erkannte, daß ein mäßiger kalter Trunk, wenn der Körper seine Laufbewegung sofort fortsetzt, keine Gefahren hervorruft. Dies sollte man auch für die Zugtiere anwenden.

*** Wegen Meineides** stand am Montag der Arbeiter Paul Eigenbrot vor dem Breslauer Schwurgericht. Es handelt sich um einen geistig beschränkten Menschen, der trotzdem vier uneheliche Kinder hat. Zur Alimentation des vierten Kindes verurteilt, zahlte er nicht und auch die vorgenommene Pfändung blieb erfolglos. Er wurde nun zum Offenbarungseide geladen und beschrieb bei dessen Ableistung der Besitz eines Sparkastensbuches über 200 Mark. Vor Gericht gab er an, er habe das Geld nicht als Vermögen, sondern nur als einen Notgroschen betrachtet, von dem er geault habe, keine Auskunft geben zu brauchen. Das Urteil lautete wegen fahrlässigen Falschheides auf ein Jahr Gefängnis.

*** Selbstmordversuch.** In der Nacht zum Montag sprang ein Soldat des Trainbataillons an der Maximilianstraße in die Ohle und wurde von drei gerade vorübergehenden Herren gerettet. Er machte aber bald darauf einen zweiten Selbstmordversuch und konnte dann nur noch bählig erschöpft wieder aus Land gebracht werden. Man schaffte ihn ins Dormitzerge Detektorlocher, wo er sich bald darauf erholt.

*** Beim Besteigen der Straßenbahn** ist am Sonntag bei der Piasienstraße wohlbekannter Maurer Rißel schwer verunfallt; er versuchte, auf der Größlerstraße einen Straßenbahnzug zu besteigen, der noch in voller Bewegung war, kam zu Fall und wurde von dem Straßenbahnwagen schwer verletzt. Man schaffte ihn in die Maxlink.

*** Festgenommene Flehderer.** In der Nacht zum 12. d. Monats wurden ein stellungloser Arbeiter, ein stellungloser Tischler und dessen Frau festgenommen, die in derselben Nacht ver- schiedene schlafende Personen herabstiegen. Einem auf einer Bank am Waldchen eingeschlossenen Manne stahlen sie Uhr nebst Kette aus der Westentasche; außerdem hatten sie ihm die Portemonnaie abgeschnitten, vermutet, daß der Einschlossene dort sein Portemonnaie habe, das aber anderweitig untergebracht war. Einem in einer Türnische am Waldchen schlafenden Manne stahlen sie in derselben Nacht ebenfalls Uhr und Kette. Diese Gegenstände wurden alle bei ihnen vorgefunden. Nachträglich gelang es zu ermitteln, daß dieselben Personen am Abend vorher noch 3 solcher Diebstähle ausgeführt haben und zwar einen auf der Promenade am Schneidener Stad- araben, wo sie in den Taschen nichts vorfanden, einen auf dem Striegauer- platz, wo ihnen ein Portemonnaie, das aber leer war, in die Hände fiel, und einen auf dem Mathiasplatz, wo sie einen neuen Hut ent- wendeten und dafür einen alten zurückließen. Im Besitz der drei Flehderer wurden ferner gefunden: ein rotes Lederportemonnaie, ein weiß-metallenes Jagdrevolver, zwei Uhrketten, eine Herren-Baaruhrente mit goldenen Beschlägen und goldenem Schieber und eine silberne Juhänder-Memorialuhr Nr. 2612 nebst Mittelstetle. Zweifellos rühren diese Gegenstände auch von Diebstählen her und es wollen sich ihre Eigentümer im Polizei-Präsidium, Zimmer 88, melden. Man sand auch zwei Fläschchen mit Flüssigkeit vor, in dem einen befand sich Opium, die andere Flüssigkeit ist noch nicht festgestellt. Man vermutet, daß diese Flüssigkeit noch dienen sollte, in Restaurationen den erwählten Opfern etwas davon in das Bier oder in den Schnaps zu gießen, um die betreffen- den Personen, die sie dann heimwärts begleiteten, irgendwo in tiefer Schlaf sinken zu lassen.

Nach wie vor sind es neben den Steuer-Klammationen die Angelegenheiten aus der Unfallversicherung, die das Sekretariat am meisten beschäftigen...

Auch mit den berühmten „Gulachten“ hat das Sekretariat wieder seine liebe Not gehabt. Der Bericht sagt darüber:

Die Gutachten der Unfallärzte spielen nach wie vor eine hervorragende Rolle, trotz unseres Kampfes, den wir seit Jahren gegen dieselben führen.

Ein noch bittereres Bild der Sozialreform erhält man, wenn man im Bericht liest, was dort über die „herrliche“ Invaliden-Versicherung verzeichnet steht:

Nach dem Bericht der Landesversicherungsanstalt für Schlesien hat sich die Zahl der bewilligten Renten nicht erhöht. Auch ist die Zahl der Anträge auf Bewilligung des Heilverfahrens zurückgegangen gegenüber dem Vorjahre.

Das unterschlägt freilich die „Schles. Ztg.“ ihren Lesern. Ihr kommt es eben nur darauf an, durch ständiges Hören das bishigen Sozialreform den Arbeitern illusorisch zu machen.

Auch in diesem Bericht kehren die Klagen wieder über jene „Prozeßhansel“, die da glauben, ihre Widersacher unbedingt der bürgerlichen Justiz überliefern zu müssen, und man kann den Sekretären nur zustimmen, wenn sie mahnen:

Man sollte doch endlich dazu übergehen, Beleidigungen unter Organisierten zu vermeiden, oder nicht gleich zum Kadi laufen, es sei denn, es handele sich um wirkliche Schverletzungen, was meist nicht der Fall ist.

Allen übrigen Arbeitern aber möchten wir zurufen: Haltet fest an euerem Sekretariat! Unterstützt es in guten und bösen Tagen, damit es noch mehr als bisher ein stets hilfbarer Freund und Berater aller Klassenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen werde!

* Gegen die hohen Fleischpreise. Am 8. Juni fand im Distrikt 8a eine von ungefähr 30-35 Frauen besuchte Zusammenkunft statt, in welcher über den jetzigen Stand der Fleischpreise berichtet wurde.

* Konsum- und Sparverein „Vorwärts“. Heute Mittwoch, den 15. Juni, Abends 8 Uhr findet bei W. I. L. D., Gräbchenstraße 74, eine Versammlung aller in den Distrikten 4 und 6 wohnenden Mitglieder unseres Vereins statt.

* Achtung, Maurer! Donnerstag, den 16. Juni, Abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine Mitglieder-Versammlung statt, in der über die Stellungnahme zum Schiedsgerichtspruch beschlossen werden soll.

* „Danzigerstraße“. Man sucht sie im Adressbuch sowohl wie auf dem Plane von Breslau vergebens. Hier ist sie allerdings gezeichnet, führt aber den Namen Kanalfstraße...

Programme zum Freitagsabend, der am 6. Juni im Gewerkschaftshaus stattfindet, sind von jetzt ab zum Preise von 30 Pf. im Parteisekretariat und bei den Distriktsführern zu haben.

* Wiederherstellung von Bureauräumen im Mathausen. Der Magistrat erlaubt die Stadterweiterungssammlung, zugunsten, daß die infolge Umzuges der Armenverwaltung nach dem Grund-Nade Ritterplatz 1 freigebliebenen Bureauräume in dem Stadthaus und den Grundstücken Elisabethstraße 12 und 8, Ring 4 und 6, Schulstraße 74a, Bismarckplatz 14 und an der Elisabethstraße Nr. 8/4 zur Verfügung für andere Bureaus wiederhergestellt werden.

* Der Parabel-Ballon in Breslau. Der Ballon ist heute früh in Breslau eingetroffen und sofort nach dem Flugplatz in Wilhelmstraße geschickt worden. Am 19. Juli wird der Ballon zum ersten Male über der Festwiese erscheinen.

* Breslauer Schauspielhaus. „Der Vater“ die bei der Premiere wie bei der ersten Wiederholung mit reichem Beifall ausgezeichnete Komödie von Guiton und Bouchinet geht heute Dienstag zum dritten Male mit den Damen Helmman, Rochelle-Müller, Spielmann und den Herren Blumenstein, Eobius, Wierendorff, Runberg in Szene.

* Sommertheater (Reichs-Etablissement). Heute, Dienstag, den 14. Juni, gastiert Antonie Deslaff zum 3. Male in dem Schwanz „Théodore & Cie“ von Rancey und Armont.

* Vermißt wird seit dem 9. ds. Mts. der 26 Jahre alte bei seinen Eltern, Götschenstraße 97, wohnhafte Adolf Götsch; er begab sich am genannten Tage angeblich zum Art, da er schwer kassierend war, in aber nicht mehr wieder zurückkehrte.

* Eine Schwindlerin. Bei einer hiesigen Schneidlerin erschwindelte sich eine unbekannt, etwa 25-30 Jahre alte Frau zwei erst zugewandene und eine fertige Musterhose von schwarzem Tuch im Werte von etwa 24 Mark.

Neueste Nachrichten.

Zur Stichwahl in Ufedom-Wollin-Neckermünde. Swinemünde, 14. Juni. Die hiesigen Freisinnigen gelangten in einer gestern abgehaltenen Versammlung, in der über die Frage beraten wurde, ob bei der Stichwahl der Konservativen, Wöhlendorff oder der Sozialdemokrat Runge zu wählen sei, zu keinem Resultat.

Die Wahl in Friedberg-Wüdingen. Friedberg (Hessen), 13. Juni. In überaus stark besuchter Versammlung sprach am Vorabend der Wahl der Abgeordnete Pastermann und erklärte, der Ausgang dieser Wahl sei von großer Bedeutung für die Entwicklung der Parteiverhältnisse im Reich und in Hessen.

Ueber Schwemmungs-Katastrophe. Aßlar, 14. Juni. Bei dem in der vergangenen Nacht an der Oberahr niedergegangenen wolkenbruchartigen Regen wurden die Uferanlagen an der Bahnstrecke Kemagen-Liepenborn zerstört.

Donn, 14. Juni. Die Zahl der bei der Uberschwemmung im Ahrthal ertrunkenen Personen wird mit 150 angegeben. 37 Leichen wurden bereits gelandet.

Aßlar, 14. Juni. Die vom vorgezogenen Unwetter im Ahrthal und der Eifel besonders betroffenen Ortshalter waren gestern das Ziel Tausender von Neugierigen. In einzelnen Dörfern hat der Wolkenbruch derartige Verwüstungen angerichtet, daß die betreffende Bevölkerung, die Hab und Gut verloren hat, auf staatliche Unterstützung angewiesen ist.

Katastrophe in einem Geschäftshause. New York, 14. Juni. Auf dem Dache des Geschäftshauses des „Gerald“ in Montreal stürzte ein riesiger Wasserbehälter ein und durchschlug vier Stockwerke des Gebäudes.

New York, 14. Juni. Nach den neuesten Feststellungen sind bei der Brand-Katastrophe in Montreal 35 Personen ums Leben gekommen.

Montreal, 13. Juni. Zu der Feuersbrunst wird noch gemeldet, daß entgegen den ersten Nachrichten die Mehrzahl der in den Flammen Ungekommenen Männer sind. Nur zwei Frauen fanden bei der Katastrophe den Tod.

Der Ueberlandflug Hamiltons. New York, 14. Juni. Zu dem schon Ueberlandflug Hamiltons wird noch gemeldet, daß Hamilton den Flug noch gestern Abend zu Ende geführt hat.

Propaganda des am 11. Juni 1910. Auf d. Weiterfahrt folgten in einem Spezialzuge seine Freunde. Bei sein Anknüpfen in Philadelphia umkreiste Hamilton mehrfach da

Table with columns for names and amounts, titled 'Gesamtkollektion vom 11. Juni 1910'. Lists various donors and their contributions to the collection.

Die alten Sammellisten müssen schnellstens abgerechnet werden. Es stehen noch circa 300 Stück aus, diese müssen in nächster Woche eingekauft sein. Neue Sammellisten sind im Sekretariat, Rikolaitstraße 18/19, zu haben.

Briefkasten.

B. N. 102, Rothenbach, Friedrich Schlegel, Breslau, Hubenstraße 51. 1. Wer ins Ausland macht, bekommt die Hälfte der Invalidenversicherungsbeiträge nicht zurück.

1. Ueber das Koffergeld, das Dienstmädchen von ihren verreckten Herrschaften zu erhalten haben, bestehen keine gesetzlichen Vorschriften; das Mädchen soll mindestens eine Mark für den Tag verlangen.

2. Ein Dienstmädchen muß für die von ihm beschickten Sachen der Herrschaft aufkommen, es muß sich deshalb fogar Lohn-abgabe gefallen lassen.

3. Die Erben müssen sich die bei Lebzeiten erhaltenen größeren Geldbeträge anrechnen lassen. 2. Die Gerichtskosten hat der unterliegende Teil zu zahlen; im übrigen entscheidet darüber das Gericht.

Wasserstands-Nachrichten der Ober. Tabelle with columns for location, date, and water level.

Table with columns for location, date, and water level. Includes entries for 14. 6. and 13. 6. with specific measurements.

*) Auslieferungshöhe L. Kottwitz 3,30; f. Freichen (Oder) D. S. Niederrang 3,25.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus. Dienstag, den 14. Juni: Freistun. Uebungsabend. Zimmer 2. Klavierarbeiter. Versammlung. Zimmer 5.

Mittwoch, den 15. Juni: Zimmerer. Versammlung im Saale. Verband der Schmiede. Versammlung. Billardzimmer. Arbeiter-Handwerker-Verein. Versammlung. Zimmer 1.

Donnerstag, den 16. Juni: Maurer. Versammlung im Saale. Französischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr im Billardzimmer. Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Vortragsabend.

Sozialdemokratischer Verein Breslau. Achtung, Distrikt 9 und 11. Sonntag, den 18. Juni: Großes Sommerfest im Etablissement Vergleider. Große Verlosung, Blumenpolonade und Gesangs-vorträge.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Sand). Neumarkt. Sonntag, den 18. Juni, Abends 8 Uhr: Versammlung und Bahlabend bei Pache, Neumarkt. Wichtige Tagesordnung. Referent: Genosse Schöll.

Dienstag, den 14. Juni, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Frau Lorenz. Referent: Genosse Schöll. Sonntag, den 19. Juni, Vormittags 10 Uhr: Zusammenkunft und Bahlabend der Mitglieder beim Gastwirt Piere.

Mittwoch, den 15. Juni 1910.

13. Generalversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands.

Frankfurt, den 7. Juni 1910.

Zweiter Verhandlungstag.

Zugleich mit den Vorstandsberichten standen ein Dutzend seitens der Filialen und Gauen gestellter Anträge zur Debatte. Die Berliner beantragten, der Zahlstelle Berlin einen jährlichen Zuschuß von 1000 Mark zur Bestreitung einer intensiveren Agitation zu bewilligen.

Der Gau Frankfurt beantragte, eine Studienkommission nach England und Amerika zu entsenden, um die dortigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu studieren. Der Vorsitzende des Fabrikantenverbandes im Frankfurter Bezirk war Dolmetscher in einem amerikanischen Geschäft.

Die Filiale Rheinhdt beantragte, zur intensiveren Agitation eine besoldete Kraft mit dem Titel in Rheinhdt anzustellen. Im Rheinhdt-Gebiet seien die Schuhfabriken sehr zahlreich, die Agitation außerordentlich schwierig.

Andere Anträge verlangten die Aufnahme einer ähnlichen Lohnstatistik, die sie der Vorstand bis jetzt für die Zuschnitter aufgestellt hat, für sämtliche Arbeiterkategorien des Berufes.

Gleich bei Eröffnung der Diskussion entspann sich eine Kontroverse zwischen Berlinern und Vorstand, zu der auch mehrere andere Delegierte sich äußerten. Die Berliner Ortsverwaltung hat im Jahre 1908 an mehrere Hundert Kollegen, die bei den Inventuraufnahmen zu Weihnachten-Neujahr vorübergehend entlassen wurden, dabei aber längere Zeit arbeitslos blieben, auch für die Wochenfeiertage, die in die Zeit ihrer Beschäftigungslosigkeit fielen, Unterstützung ausbezahlt.

Die Sache halte wegen der daraus möglichen Folgen eine größere Wichtigkeit für den Verband, als wegen des Berliner Vorkommnisses selbst. Sie wurde dadurch zum Abschluß gebracht, daß Vorstand und Delegierte sich auf eine Erklärung einigten, die einstimmig von der Versammlung akzeptiert wurde.

Aus aller Welt.

Von der bayerischen „Gemütslichkeit“. Wie es um die legendäre „bayerische Gemütslichkeit“ in Wahrheit bestellt ist, davon eine heftige Probe. Ein Bauernsohn war durch einen Revolverknall so schwer verletzt worden, daß er bald darauf starb. In der Nähe des Unglücksortes ist ein Bauerngut, dessen Besitzer den Verunglückten bei sich aufnahm und bis auf weiteres versorgen ließ.

Table with 2 columns: Description of expenses and Amount. Items include: Den Verletzten von der Strafe in mein Haus getragen (5,00 M.), Pflege und Wachen die ganze Nacht für mich und meine Frau (13,00), Zimmer gebietet (2,00), Licht und geweihte Kerzen (2,00), Bett für den Verletzten (18 Stunden) (5,00), Bett von Wirt reinigen (3,00), 2 Zimmer sind durch die Leute schmutzig geworden und mußten gereinigt werden (3,00), Handbuch für den Doktor wurde blutig und ist nicht mehr brauchbar (0,80), Hofmannstropfen und Karmelitergeist (1,50), 3 Gänge in der Nacht (4,50), Glasflur und Kratzer durch die Leute zerbrochen (3,50), 3 Kaffee für den Verletzten und seine Eltern (0,90), Für den Doktor zweimal Walschdäffel hergegeben (0,40), Meine Frau 3 Tage lang krank gewesen über den Unfall (15,00), Weil meine Frau in anderen Umständen ist und glaubt, daß ihr in der Geburt etwas bleibt (40,00).

Summa 99,60 Mkt.

Dieser Vorgang zeigt von dem grob-materiellen Sinn der Bauern in Südbayern, ebenso wie die Opposition gegen die Weidenbahn und die jüngsten Bierkrawalle. Mit den hohen Werten, die Brot, Fleisch und andere Lebensmittel verteuern, sind sie unverständlich, sobald aber sie selbst zu den Staatsausgaben beitragen sollen, wie zum Beispiel bei der Bierpreisbildung, scheuen sie selbst vor Landstreben nicht zurück und legen Bräuervereine an den Tag. An Sonn- und Feiertagen wird natürlich von ihnen die Kirche fleißig besucht. Ihr „christlicher Sinn“ veranlaßt sie ja

vom derzeitigen Sekretär des Hauptverbandes juteil wurde, glaubten, im Sinne des Statuts zu handeln. Nachdem aber sämtliche Mitglieder des Vorstandes die Auffassung vertreten, daß bei der Schaffung der statutarischen Bestimmungen (Absatz 10) beabsichtigt war, die Wochenfeiertage nicht allein als Feiertage, sondern auch als Unterstützungsstage auszuhalten, schließt sich der Verbandstag der Vorstandsauslegung an.

Die sonstigen Ausstellungen an der Vorstandstätigkeit waren gering und bestanden meistens in Montags und Dinstags für inneren Verwaltungstätigkeit. Ein Redner meinte, der Vorstand habe manche Beschwerden wohl etwas oberflächlich behandelt, sonst würde der Ausschuß nicht in mehreren Fällen eine andere Entscheidung getroffen haben. Würde der Vorstand in solchen Dingen etwas umsichtiger sein, so könnte er manchmal die Beschwerden an den Ausschuß und dessen entgegen-gesetzte Entscheidungen verhindern. Daß die Untersuchungen und Beschlüsse des Vorstandes in Wirklichkeit so vor sich gehen, wurde vom Sekretär des Hauptverbandes, Genossen Weicker, eindrucksvoll in Abrede gestellt.

Am Schluß wurde bemängelt, daß es gelegentlich un-günstige Lohnsätze veranschlagt habe, die dann von den Fabrikanten den Arbeitern als Mittel in den Weg geworfen werden. Das Fabrikorgan solle auch einmal öfter auf gewisse Artikel im Werklmeisterorgan antworten.

Im großen ganzen war man mit der Tätigkeit des Vorstandes und der Haltung der Redaktion einverstanden. Wäre nicht von allen Seiten so gut gearbeitet worden, würden bestimmt mehr Mitglieder verloren gegangen sein.

Ein Redner regte an, sich mit der Gewinnung der Monate zu befassen. Die Fabrikanten gehen darauf aus, die Monate im Beruf als Schulstunde bei den Lohnkämpfen zu verwenden.

Die Studienkommission wurde von mehreren Rednern, hauptsächlich der Kostenfrage wegen, bekämpft. Nachdem 12 Redner gesprochen, wurden die Verhandlungen auf Mittwoch vertagt.

Dritter Verhandlungstag.

Die Sitzung begann mit den Schlussworten des Hauptvor-sitzenden und des Berichters des Ausschusses. Simon ging auf alle Momente ein, die die einzelnen Delegierten gegen die Tätigkeit des Vorstandes gemacht hatten, wobei er an einigen drastischen Beispielen zeigte, in welchen Formen von einigen Ortsverwaltungen mit dem Vorlande Brieflich verkehrt wird. Dann behandelte er die verschiedenen zum Vorstandsbericht vorliegenden Anträge, die er teils zur Annahme, teils zur Ablehnung empfahl. Warm empfahl Redner die Anträge zur Annahme, welche die Entsendung einer Kommission zu Studien-zwecken nach England und Amerika wünschten. Man solle die Kosten, die dadurch entstehen, nicht scheuen. Die Kenntnis der Technik und der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Schuh-industrie in den Konkurrenzländern sei notwendig für die För-derung der Verbesserungen der Organisation.

Nachdem auch Haupt in seinem Schlusswort auf ver-schiedene gegen den Ausschuß gerichtete Einwendungen geant-wortet, wurde der Antrag auf Entsendung einer Studien-kommission angenommen. Ferner ein Antrag, der den Zentralverband beauftragt, eine allgemeine Lohnstatistikische Aufnahme unter den gesamten in Deutschland in der Schuhindustrie und Werkstätten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu veranstalten. Ein anderer, der den Vorstand ver-pflichtet, den Zahlstellenfunktionären geeignetes Agitations-material zur Verfügung zu stellen.

Der Antrag, in Rheinhdt einen besoldeten Beamten anzu-stellen, wurde abgelehnt, ebenfalls zwei Anträge, die den Vor-stand verpflichten sollten, der nächsten Generalversammlung ein neues Schema zur Gewährung der einzelnen Unterstützungen vor-zulegen, sowie ein Antrag, der Filiale Wernickströgen ein von der Hauptkasse gewährtes Darlehen zu erlassen. Dagegen wurde der Antrag, der Zahlstelle Berlin einen jährlichen Zuschuß von 1000 Mark zur Bestreitung der Verwaltungsausgaben zu geben, dem Vorstande zur Berücksichtigung überlassen.

Hierauf wurde in Punkt 3 der Tagesordnung, Sta-tutenänderung, eingetreten, zu dem noch 107 Anträge gestellt sind. Bei Stellung der Unterstützungsfrage fielen jedoch eine ganze Anzahl Anträge aus. Ein Gegenstand allgemeinen Interesses wurde bei der Debatte der Anträge erörtert, die eine Stellungnahme zur Jugendbewegung resp. die Schaffung einer besonderen Jugendabteilung mit einem Wochenbeitrag von zehn Pfennigen wünschen. Dabei wurde aus Offe-nbach berichtet, daß das dortige Kartell eine Jugendorganisation mit festen

Beiträgen von 10 Pf. pro Woche gearndet habe, für die etwa Krankenunterstützung von 3 Mark pro Woche geleistet wird. Der Vorsitzende Simon wandte sich ganz entschieden gegen diese Art der Jugendorganisation, die nicht den Bedürfnissen der Partei- und Gewerkschaftsorganisationsentspreche. Redner wünscht, daß die General-Kommission Schritte dagegen unternehme.

Auch andere Redner mäßigten die Offenbacher Jugend-organisation, die mit ihrer Unterstützungsrichtung die jungen Leute von den Gewerkschaften geradezu fernhalte. Gelübt wurde allgemein, daß sich die älteren Arbeiter mehr wie bisher der jungen Leute annehmen und sie für die Organisationsarbeit erziehen.

Da die Verhältnisse überall verschiedene seien, wurde ge-warnt, schon heute statutarische Bestimmungen in Bezug auf die Jugendlichen zu treffen. Die bezüglichen Anträge wurden in der Weise erledigt, daß der Vorstand den Antrag erhielt, bis zur nächsten General-Versammlung Vorschläge zur Jugendbewegung vorzulegen.

Noch eine Anzahl weiterer Anträge wurden zur Abstimmung gebracht. Soweit sie angenommen wurden, führen sie keine statutarische Änderungen herbei, die nicht von Allgemeininteresse sind. Ein Beschluß lautet: „Wer länger als eine Woche mit sei-nen Beiträgen restiert ohne daß ihm dieselben gesunden wer-den, hat keinerlei Anspruch auf Unterstützung. Gesundete Bei-träge sind von der Unterstützung in Bezug zu bringen.“ „Wer halbe Tage nicht seine Unterstützung gewährt.“

Ein Antrag, verheirateten männlichen Mitgliedern die wö-chentliche Streckunterstützung um 2 Mark zu erhöhen, wurde abgelehnt.

Einer fünfköpfigen Kommission wurden alle Anträge in Bezug auf Krankenunterstützung usw. überwiesen. Donnerstag wird die Schlußberatung fortgesetzt.

Frankfurt, 9. Juni 1910.

Vierter Verhandlungstag.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird die Altersfrage geregelt und beschlossen, Arbeitserschöpfung und Mäßen gemein-sam zu betreiben.

In die Beratung der zum Statut gestellten Anträge wird nunmehr eingetreten. Vom Vorstand ist beantragt eine Abwen-dung in der Bezugsberechtigung der Arbeitslosen- und Kran-kenunterstützung vorzunehmen. Genosse Simon begründete in ausföhrlicher Weise diesen Antrag und die Vorannahme, die zur Stellung dieses Antrages führten. Das Interesse des Ver-bandes erfordere diese Abänderung und deshalb empfehle er die-sen Antrag zur Annahme.

In der Debatte werden verschiedene Ansichten laut und werden Vorschläge gemacht, um die erwähnten Uebelstände zu be-seitigen und die Verbandskasse vor Schaden zu bewahren. Mit-wenig Ausnahme erkennen alle Redner die Notwendigkeit einer Abänderung an, doch wird besonders vom Genossen Benzig-Werlin der Vorstandsantrag, der erst vom nächsten Tage Unter-stützung zahlen will, als zu weitgehend bezeichnet. Durch reiches Zahlenmaterial weist Redner nach, daß der Höhepunkt der Ar-beitslosigkeit während der letzten drei Jahre, im letzten Quartal 1908 mit 10,8 Prozent zu verzeichnen war. Im letzten Quar-tal 1909 war dieselbe auf 6,0 Prozent gesunken.

Durch Schlußantrag wurde die Debatte beendet. Nachdem sowohl ein Antrag, die alte Fassung beizubehalten, wie auch der Vorstandsantrag in der Abstimmung gefallen waren. Be-schlossen wurde, daß in Zukunft die Karenzzeit bei Bezug der vorerwähnten Unterstützung drei Arbeitstage betragen soll. Da der Nachmittags zu einem Ausflug benutzt werden soll, so werden die Verhandlungen auf Freitag vertagt.

17. Verbandstag der Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen.

Berlin, 9. Juni 1910.

Die Debatte über die Verschmelzungsfrage wurde heute fortgesetzt. Ragerl-Berlin trat für die Verschmelzung ein, in-dem er darauf hinwies, daß den gut organisierten Unter-nehmern eine starke Arbeiterorganisation gegenübergestellt werden müsse. Nachdem noch einige Redner die Verschmelzung bekäm-pferten, erhielt der Referent Ebel das Schlusswort. Er ging auf die Einwendungen der Verschmelzungsgegner ein und trug nochmals die Gründe vor, welche für die Verschmelzung sprechen.

Als hierauf die Abstimmung vorgenommen werden sollte, protestierten einige Delegierte dagegen und verlangten, daß erst das gemeinsame Statut beraten werde, ehe die endgiltige Ab-

Schwere Unwetter in der Rheinprovinz. In der Nacht zum Montag gingen in der ganzen Gifel schwere Gewitterregen nieder. Bei Altwieser richtete ein Wolkenbruch schwere Ver-wundungen an. Häuser wurden beschädigt, Vieh getötet und die ganze Ernte vernichtet. Die Gifelbäche gleichen reißenden Stiefbüchen. Die Ahr ist zu einem reißenden Flusse geworden, auf welchem Wübelstöße, Hausgerät, Fässer und andere Gegenstände dahintreiben. Die Eisenbahnbauten sind beschädigt. Die im Bau befindlichen und fertigen Brücken wurden fortgerissen. Der Betrieb der Bahnhöfe Rheinauen-Abenau wurde nur bis Walporzheim aufrechterhalten. In Rheinabr stehen die Keller unter Wasser. In den tiefergelegenen Straßen von Altenahr steht das Wasser meter-hoch. Ein Steinbrücken für Fußgänger sind eingestürzt. Die Altrahabahn stellte den Verkehr ein, da der Bahnbamm unterteilt ist. Der Einsturz mehrerer Brücken wird befürchtet. Zwischen Remagen und Neuenahr gleicht das Tal einem ungeheuren See. In Schuld sind mehrere Häuser fortgeschwemmt. Der Kur-paal von Neuenahr ist überschwemmt. Telephon und Tele-graph sind oberhalb Walporzheim gestört. Die Provinzial-straße des Altrahars steht unter Wasser. An der oberen Ahr sind alle Bahnhäuser fortgerissen. Schwere Regengüsse gehen noch beständig nieder. Militär ist in Automobilen unterwegs. Telegraph und Telephon wird aber die Gifel gestört, nach Nachrichten von den ab-geschicktesten Drischalter zu erhalten. Nach amtlicher Meldung ist die Altrahabahn zwischen Walporzheim und Dümpelfeld seit 7 Uhr Morgens an mehreren Stellen infolge des Hochwassers und Herabführung einiger Bauwerke unpassierbar. Die Aufrechterhaltung des Betriebes ist zurzeit zwischen Remagen und Walporzheim möglich. Voraussichtliche Dauer der Sperre unbestimmt.

Auf der Militärkassette erschossen. Aus Steyr wird der „Lingzer Tagespost“ berichtet: Ein sehr bedauerlicher Unglücksfall hat sich Dienstag Nachmittags auf der Militärkassette in Steyr zugetragen. Auf dem Exercierplatz der hiesigen Infanterieregimenter wurden von der Mannschaft des 14. Feldhaubitzenregiments Schieß-übungen auf die Schilde abgehalten, wobei zum Schluß die Unteroffiziere aus ihren neuen Repetierbüchsen schossen. Auf dem Schießplatz lag bei einem Tische der erst im heutigen Frühjahr eingekaufte Kanonier Emanuel Millicha von der dritten Batterie, um die Treffer anzusehen. Da ließ ein Jagdlicher seine geladene Pistole auf dem Tische neben dem Schreiber liegen und ging zur Seite. Ein Vorweilte nahm die Pistole in die Hand und wollte sie befeuern, dabei handelte er so unvorsichtig mit der Waffe, daß ein Schuß losging und die Kugel dem Kanonier Millicha oberhalb des rechten Auges in den Kopf drang und diesen durch-bohrte. Mit einem Schmerzensschrei fiel der Gestoffene zu Boden. Der sofort herbeigeholte Arzt konnte nur mehr der ein-getretenen Tod feststellen. Die Leiche wurde in das Marodenhaus

der Militärkassette gebracht. Bei der großen Durchschlagskraft dieser neuen Repetierbüchsen hätte sich leicht ein noch größeres Unglück ereignen können, da nämlich das Projektil einer solchen Pistole auf eine so nahe Distanz durch zwei und drei Menschenkörper hindurchgehen vermag. Der Getötete war vorzeitig zum Regiment eingeeilt, weil er stellenlos war.

Arbeiter-Risiko. Auf den Thyssewerten bei Mühlheim an der Ruhr explozierte in der Abteilung 2, Blechwerk, ein Parabell-Kessel. Ein Arbeiter wurde getötet. Ein zweiter Arbeiter, der ebenfalls verletzt wurde, wurde infolge der heftigen Detonation, ebenfalls verletzt.

In Gelsenkirchen wurden infolge eines Pfeilerbruchs auf der Bech-Konzolidation schon wieder drei Vergleute abge-schnitten. Die Rettungsarbeiten wurden unter Leitung des Ge-neraldirektors Berggraf Müller sofort aufgenommen. Ein Vertreter der Bergbehörde ist gleichfalls anwesend.

In Saarbrücken erfolgte im Mannesmannwerk eine schwere Explosion, durch die drei Arbeiter und ein Stützmassier schwer verletzt wurden. Ein Arbeiter ist seinen Verletzungen erlegen, die anderen hoffen man am Leben zu erhalten. Die drei Arbeiter sollen leicht verletzt sein.

Der Mord in Como. Die Polizei hat in der Hochwasser in Como eine sehr wichtige Entdeckung gemacht. Die ermordete Schaufelruderin Erzteneben Caletti fand vor einiger Zeit unter der Anlage, einem amerikanischen Adoranten namens Greig er-worbet zu haben. Sie wurde in New York eingeführt, aber nach Hinterlegung einer bedeutenden Kaution prozessual in Freiheit gesetzt. Die Mörderin benutzte die Freiheit, um nach Italien zu flüchten und sich selbst ermorbet zu lassen. Der Mörder ist ihr angeblicher Gatte. Er ist gleichfalls Amerikaner. Man fand von ihm eine Photographie, die ihn im Anzuge des Sportkloßes der Universität Pennsylvania darstellt. Er heißt auch, der Mord an der Amerikanerin siehe mit der vor einiger Zeit erfolgten Ermordung der Amerikanerin Miss Reid in Neapel in Zusammenhang.

Stolz bis zum Schafott. Der in Paris zum Tode verurteilte Diabow, der einen Voligsten erschossen und einige andere verwundet hat, ist nicht dazu zu bewegen, ein Geständnis zu machen. Sogar die bittersten alten Eltern konnten seinen Entschluß nicht ändern. Diabow behauptet, er sei mit Unrecht als Ge-fährlicher verurteilt und dadurch zu seiner blutigen That gedrängt worden. Er will lieber sterben, als den Leuten ein gutes Beispiel geben, die ihm Unrecht getan und sein Schicksal vernichtet haben.

Einigung über die Verschmelzungfrage vorgenommen werden können. Ein dahingehender Antrag wurde nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte abgelehnt. Dann wurde im Prinzip darüber abgestimmt, ob der Verbandstag für die Verschmelzung ist. Mit 13 gegen 14 Stimmen stimmte der Verbandstag im Prinzip der Verschmelzung zu.

Die Beratung der Statuten soll gemeinsam mit den Delegierten des Mühlenarbeiterverbandes vorgenommen werden. Es folgte nun eine längere Sitzung, in der unter Ausschluß der Öffentlichkeit interne Verbandsangelegenheiten beraten wurden.

In der darauf folgenden öffentlichen Sitzung hielt Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt einen Vortrag über die Reichsverschmelzungsordnung.

Darauf wurde ohne Debatte die Resolution angenommen, welche der außerordentliche Gewerkschaftskongress zu demselben Punkt angenommen hat.

Berlin, 10. Juni 1910.

Am dem Verbandstage nehmen heute auch die Delegierten des Verbandes der Mühlenarbeiter teil, um gemeinsam mit den Brauereiarbeitern die Statuten zu beraten, die nach der Verschmelzung Geltung haben sollen. Einzel begründete in einem kurzen Referat den Statutenentwurf, der von den Vorständen beider Verbände ausgearbeitet worden ist. Die ersten Paragraphen des Entwurfs wurden ohne erhebliche Debatte angenommen. Ihre wichtigsten Bestimmungen sind folgende: Der Verband führt den Namen: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgruppen und hat seinen Sitz in Berlin. Unter den Zwecken des Verbandes werden die allgemeinen betriebswirtschaftlichen Bestrebungen und folgende besondere Forderungen angeführt: Abschaffung der Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit und des Kost- und Logiszwangs. Mitglieder können alle Personen werden, welche in Brauereien und verwandten Betrieben, in Mühlen aller Art und in den dazu gehörenden Lagerräumen, Speichern und dergleichen beschäftigt sind. Das Eintrittsgeld wird auf 50 Pfennig in der ersten, 25 Pfennig in der zweiten Klasse festgesetzt.

Die Festsetzung des Beitrages und der Unterstützungssätze gab Anlaß zu längeren Debatten. Der Entwurf des Vorstandes sieht zwei Beitragsklassen vor. Demgegenüber wurde ein Antrag auf eine weitgehende Staffelung der Beiträge eingebracht und von mehreren Rednern begründet. Zu weiteren Debatten führten die Sätze des Sterbegeldes. Die Vertreter der Mühlenarbeiter, die an ein höheres Sterbegeld gewöhnt sind, wie die Brauereiarbeiter, wollen die höheren Sätze beibehalten, während die Entwurfs die bisher im Brauereiarbeiterverbände üblichen Sätze vorschlägt.

In namentlicher Abstimmung, bei der die Zahlen der von den Delegierten vertretenen Mitgliedern maßgebend sind, wurde die Einführung von vier Beitragsklassen mit übergroßer Mehrheit abgelehnt.

Die nun folgende Debatte drehte sich um das Unterstützungswesen. Dabei traten auch die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Freunden und den Gegnern der Verschmelzung wieder hervor. Die ersteren bestritten eine Erhöhung der Unterstützungssätze, da ohne eine solche die Verschmelzung nicht bewerkstelligt werden könne. Die Gegner der Verschmelzung verlangten dagegen, daß die im Brauereiarbeiterverbände geltenden Unterstützungssätze nicht erhöht werden. Wenn ein kleinerer Verband sich mit einem größeren verschmelzen wolle, müsse er sich dem in größeren Verbände geltenden Bestimmungen fügen. Ein Redner, dagegen wandte sich ein Delegierter der Mühlenarbeiter, indem er bemerkte, seine Kollegen hätten zwar den Wunsch, sich mit dem Verbände der Brauereiarbeiter zu verschmelzen, aber darum zu bitten, hätten sie keine Ursache. Wenn der Brauereiarbeiterverband die Mühlenarbeiter nicht wolle, dann wollten sie wieder davon gehen, wo sie hergekommen sind. — Darauf erwiderte ein Brauereiarbeiter: Durch solche Ausführungen würden die Verschmelzungsfreunde unter seinen Kollegen zu Gegnern der Verschmelzung gemacht werden.

Die nachfolgenden Redner bemühten sich mit Erfolg, die Debatte wieder in ein ruhiges Fahrwasser zu lenken. Auf Anregung des Vertreters der Generalkommission, Gen. Sassenbach, wird bei Schluß der Sitzung eine Kommission von Vertretern beider Verbände eingesetzt, welche die strittige Frage des Unterstützungswesens beraten und morgen Bericht erstatten soll.

Berlin, 11. Juni.

Junächst tagten heute die Delegierten der Brauereiarbeiter und die der Mühlenarbeiter in getrennten Sitzungen, um über die Vorschläge zu beraten, welche die zur Regelung der Differenzpunkte im Unterstützungswesen eingesetzte Kommission gemacht hat.

Bei den Brauereiarbeitern berichtete Sassenbach (Vertreter der Generalkommission) über die Arbeiten der Kommission. Er habe einen Mittelweg zwischen den beiderseitigen Forderungen gefunden und ersuche um Annahme ihrer Vorschläge. Dieselben gehen dahin: für die Arbeitslosenunterstützung soll eine Stundenzahl von 7 Tagen, für die Krankenunterstützung eine solche von 10 Tagen festgesetzt werden. Bezüglich des Sterbegeldes schlägt die Kommission vor:

Die meisten Mitglieder des Mühlenarbeiterverbandes, welche bei Vollzug der Verschmelzung bereits den Anspruch auf ein höheres Sterbegeld als den Höchstsatz von 90 Mark erworben haben, bewahren sich diesen entsprechend den Bestimmungen des Sterbegeldregulativs ihres bisherigen Verbandes, mit der Einschränkung, daß beim Todesfall der Frau nur ein Drittel des dem Manne zustehenden Sterbegeldes auszubezahlen wird, oder im Höchstfalle 30 Mark. Von der 5. Stufe an (also bei einem Sterbegelde von 125 Mark) wird das beim Tode der Frau bereits gezahlte Sterbegeld angerechnet, doch darf das gesamte Sterbegeld nicht weniger betragen, als bei der nächstniedrigeren Stufe.

Der Referent empfahl die Annahme dieser Vorschläge und betonte, daß in der Kommission selbst die Gegner der Verschmelzung die Meinung vertraten, die Situation sei jetzt derart, daß eine Einigung zustande kommen müsse, denn die Ablehnung der Verschmelzung würde die Interessen der Arbeiter schädigen. Geßler (Vertreter des Verbandes der Bäcker) rief ebenfalls dringend zur Einigung, denn die Brauereiarbeiter hätten sich in der Verschmelzungfrage so weit engagiert, daß ein Zurückgehen in der gegenwärtigen Situation eine Blamage vor der Öffentlichkeit sein würde. Man solle nicht das Kremende herbeiführen, sondern sich leiten lassen von den großen Gesichtspunkten der Arbeiterbewegung.

In weiteren Verlauf der Debatte traten einzelne Redner wieder mit großer Entschiedenheit für die Ablehnung der Vorschläge ein. Sie meinten, man dürfe sich nicht dadurch bestimmen lassen, daß das Schicksal der Verschmelzung eine Blamage sein würde. Die Situation sei grundsätzlich verfahren. Daran seien aber nur die Drängsieber in den beiden Verbänden schuld, denn nur das Bestehen des Mühlenarbeiterverbandes habe der Verhandlung der Brauereiarbeiter kein Recht gegeben, wegen Verschmelzung mit dem Verbände der Mühlenarbeiter in Verhandlung zu treten. Einer dieser Redner, Träger-Berlin, sagte: Das ist

in der Arbeiterbewegung noch nicht begreifen, daß eine Organisation nicht möglich ist und daß jeder der beiden Verbände den Anschluß an den anderen zu hindern sucht. Die Verantwortung für die jetzige Situation tragen nur die Vorstände.

Darauf sprachen mehrere Redner für die Annahme der Vorschläge. Selbst einige grundsätzliche Gegner der Verschmelzung traten für die Annahme ein. Da in der gegenwärtigen Situation die Verschmelzung nicht mehr rückgängig gemacht werden könne, müsse eine Einigung erstrebt werden. Dabei dürfe man sich nicht lediglich von stummen Gesichtspunkten leiten lassen.

In namentlicher Abstimmung werden die Vorschläge der Kommission mit 49 Delegierten- oder 24 817 Mitgliederstimmen gegen 8 Delegierten- oder 3842 Mitgliederstimmen angenommen. Nimmehre erschienen die Mühlenarbeiter und die Sitzung fand wieder gemeinsam statt.

Sassenbach teilte mit, daß die Sonderstimmung der Mühlenarbeiter die Kommissionsvorschläge einstimmig angenommen habe. In der gemeinsamen Sitzung wurde nun beschlossen, den Vorstand durch Mitglieder beider Verbände zu besetzen und zwar durch einen Vorsitzenden, zwei stellvertretende Vorsitzende mit gleichen Rechten, einen Kassierer, einen Revisor, zwei Sekretäre mit beratender Stimme und neun Reichher.

Die Aufstellung einer Gehaltskala wurde einer Kommission übertragen. Daraus wurde die Statutenberatung fortgesetzt. Die Bestimmungen des Entwurfs wurden in allen wesentlichen Punkten angenommen. Der Beitrag von 30 bzw. 50 Pfennig bleibt bestehen. Die Erwerbslosenunterstützung beträgt bei 30 Pfennig Beitrag 50 Pfg. pro Tag, bei 50 Pfg. Beitrag 1 Mark, pro Tag und wird nach der Dauer der Mitgliedschaft von 1, 3, 5, 7 Jahren für 45, 60, 75, 90 Tage gewährt. Nach demselben Modus sind auch die Sätze des Sterbegeldes abgestuft: 45 bis 90 Mark in der höheren, 27 bis 54 Mark in der niedrigen Beitragsklasse.

Eine von der Kommission vorgeschlagene Gehaltskala für die Verbandsbeamten wurde angenommen. Danach beträgt das Gehalt der Lokalbeamten, Bezirksleiter und Vorstandskassiere 2000 Mark und steigt bis 2600 Mark. Die männlichen Hilfsarbeiter erhalten 1900 Mark, steigend bis 2500 Mark. Das Gehalt der vom Verbandstage zu wählenden Hauptvorstandsmitglieder ist 300 Mark höher als das der erstgenannten Kategorie.

Die weiteren Verhandlungen wurden bis Sonntag vertagt.

Partei-Angelegenheiten.

Nicht bestätigter sozialdemokratischer Bürgermeister. In Rastfeldheim ist es unserem Genossen gelungen, den Genossen Jung als Kandidaten zu wählen. Die hiesige Regierung hat die Wahl aber nicht bestätigt, sondern aus eigener Machtvollkommenheit den linksliberalen Sittmann zum Bürgermeister eingesetzt.

Aus Sachsen-Meinungen schreibt man dagegen den „Elbsp. N. Nachr.“: Der Gemeinderat von Lichtenhain hat nun schon zum zweiten Male einen Sozialdemokraten zum Gemeindevorstand gewählt und stellvertretenden Schultheiß gewählt. Nachdem die erste Wahl keine Bestätigung gefunden hatte, ist jetzt die Wahl des Mechanikers Schwab zu diesem Posten bestätigt worden. Schwab gehörte bisher dem Gemeinderat an.

Verleumdung durch die Presse. Genosse Leopold vom Halleischen Volksblatt erhielt von der Schutzkammer wegen Verleumdung eines Polizisten in Mansfeld 800 M. Geldstrafe. Der Vorwurf, der dem Polizisten gemacht worden war, war recht harmlos, außerdem hatte L. ihn in einer Erklärung zurückgenommen, als er erfuhr, daß er gelächelt worden war. Trotzdem die kolossale hohe Geldstrafe.

Verein deutscher Arbeiter in Prag. Den durch Prag reisenden Genossen zur Kenntnis, daß sich das Privatlokal des Vereins Praga I, Elisabethstraße 16, 1. befindet. Eine größere Anzahl Parteibilder liegt auf. Auskünfte an Wochentagen von 8 bis 9 Uhr Abends, Sonntags von 10—12 Uhr Vormittags.

Ein internationales Fest in Oesterreich-Schlesien. Am 5. Juni war in Teschen ein großes Arbeiterfest anlässlich der Eröffnung des Arbeiterheims und einer Fabrikneueinrichtung. Die Beteiligung war größer als die an drei gleichzeitig abgehaltenen bürgerlichen Festen zusammen, wie der Vergleich der von allen Richtungen veranstalteten Festzüge ergab. Es sprachen zu den Massen die Genossen Abg. Schumayer-Wien (deutsch), Regier.-Freisicht (polnisch) und Abg. Cingr-Odrau, der kürzlich bei seinem 60. Geburtstag von seinen Bergarbeiterkameraden vielfach gefeiert wurde, in scheidlicher Sprache. In der Zeit des Separatismus darf man eine solche Kundgebung des alten, unveränderten Internationalismus schon verzeichnen.

Aus Oberschlesien.

Das obereschlesische Zeitungsvericherungswesen.

Weder die Abonnementversicherung ist schon viel gesagt und geschrieben worden. Gewiß kann man über die sogenannte „kostenloser“ Unfallversicherung verschiedener Meinung sein. Wohl kann in einer Gegend Deutschlands dürfte das Versicherungssystem so eingeführt sein, als gerade in Oberschlesien. Jahrelang war es der „Wanderer“, der seine Abonnenten mit 100 Mark im eigenen Verlage versicherte. Die politische Presse ging zunächst darauf nicht ein. Endlich kam der „Kurier“ in Königsbrunn und versicherte seine Abonnenten mit 1000 Mark bei der Kärntner Bank. Nun begann eine regelrechte Wettlauf im „Versichern“ der Blätter untereinander.

Das „Königsbrunner Tageblatt“, eine nationalliberale Zeitung versicherte seine Abonnenten mit 1300 Mark, das gleiche tat dann auch der „Kurier“. Der „Wanderer“ erklimm den Gipfel mit 1500 Mark. D diesem Beispiel sind denn die meisten obereschlesischen Zeitungen, deutsche wie polnische, gefolgt, und sie alle haben dabei ein gutes Geschäft gemacht. In einer Gegend, wie Oberschlesien, wo es an jeder Aufführung der Volksmassen fehlt, und wo die Betriebsunsicherheit eine so große ist, daß jede Frau mit dem Tode des Mannes kindlich rechnet, ist es ja kein Wunder, wenn die in den Massen ihren Gergott sehenden Frauen zu den Zeitungen mit der hohen Versicherung greifen, besonders wenn es waschechte „Stimmzettelle“ a la „Kurier“ sind.

Es war lange Zeit ein Schauspiel, den „Wanderer“ und den „Kurier“ zu lesen, wie sie sich gegenseitig anpöbelten, wenn die versprochenen Bedingungen nicht eingehalten werden. Dabei machte der „Kurier“ immer den Vornehmen, indem er von Zeit zu Zeit, wieder eine Quittung über ausgezahlte 1000 M. veröffentlichte. In dem Bewußtsein, daß das Geschrei der Zentrumszeitungen und besonders dem „Kurier“ von niemand geglaubt wurde, ließ er dann die Quittungen von der Polizei jedesmal beschlagnahmen. Seit einiger Zeit sind nun diese Quittungen ausgeblieben, das heißt der „Kurier“ hat nichts mehr bezahlt. Wer nun etwa glaubt, daß diese Quittungen vorliegen sind, ist im Irrtum. Denn gerade in den letzten Wochen haben wir eine Aflut von Unfällen, die bei weitem

nicht vollständig ist, veröffentlicht können. Und unter diesen beland sich aber auch viele Opfer des „Kurier“. Der Daten ist anders zu suchen. Seit dem 1. Mai prangt am Kopfe des „Kurier“ folgender Satz: „Vom 1. Mai 1910 ab erhalten die Abonnenten gemäß den näheren Bedingungen der letzten Unfall 1300 Mark (unter Lage 1000 Mark) ohne irgendwelche Kosten Unfallversicherung, sobald sie die Abonnementzahlung bis zum 5. Tage jeden Monats eingekassiert haben.“ Der Verlag hat also die „Versicherung“ selbst übernommen. Man sollte man glauben, daß der Verlag die näheren Bedingungen bekannt gibt, damit sie jeder kennen lernt. Aber selbst diese Befehle des „Kurier“ sind die „Bedingungen“ noch nicht zu sehen gekommen. Das Verlangen bis zum 5. eines jeden Monats zu zahlen, ist fast eine Unmöglichkeit, denn fast alle Abonnenten zahlen erst am 1. nur wenige Mark Voranschlag. Die meisten denken gar nicht daran, daß der fromme Verlag hier einsteift, und zwar mit scheinbarem Recht.

Aber die ganze Sache scheint jetzt einer Katastrophe entgegenzugehen. Man hat in Königsbrunn und Umgebung noch nie auf den „Kurier“ so geschimpft, als jetzt, weil angeblich viele Frauen nichts erhalten können. Zahlreiche Zuschriften an unsere obereschlesischen Korrespondenten zeigen von einer ungläubigen Erbitterung gegen das Kerleale Blatt. Das die „Kurier“ sollte alle die „Versicherungsbücher“ in dieser Beziehung auf dem Kerholz haben, dürften sie selber wissen, und obgleich mit allen Mitteln gearbeitet wird, läßt sich doch nicht alles unterbreiten, denn die „Begehrtheit“ ist für Verprochenes zu groß. Wir werden dafür sorgen, daß der Öffentlichkeit von diesem System Kenntnis gegeben wird, damit die Zeitungslieferer sich vor solchen Dingen schützen können.

Das heutige Versicherungssystem ist nicht nur ungeschicklich sondern auch unmoralisch. Die Arbeiter tun nur, wenn sie sich von solchen Zeitungen fern halten. Die Gesetzgebung sollte die in Unruh endlich einmal verbieten, oder ein Gesetz schaffen, das den Versicherern auch die Gewähr bietet, Rechte zu haben, und nicht nur den Verlegern die Taschen zu füllen.

Matthor, 10. Juni. Kartellierung. Die letzte Sitzung des Gewerkschaftsrates war sehr schlecht besucht, trotzdem die wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung sehr notwendig war. Die Sitzung mußte bei Beratung der einzelnen Punkte von einer Abstimmung darüber Abstand nehmen. Die Gewerkschaftsvorstände werden hierdurch ermahnt, ihre Delegierten an die Pflichten, die ihnen obliegt, zu erinnern, denn nur dann kann positive Arbeit geleistet werden. Unentschuldig fehlten folgende Delegierte: von den Tabakarbeitern Kandora, Holzarbeiter Paska, Wäckerl, Rauba, Transportarbeiter Gofsko, Maurer Nieborowski, Zimmerer Dlugosch, Zigarettenfertiger Nowal und vom Kaminereverein Schiedl.

Matthor, 14. Juni. Verhaftete Desfrandanten. Der Gendarmenwachmeister Rutschera, welcher den Grenzdienst an der preussisch-österreichischen Grenze versieht, verhaftete am Sonnabend die beiden Handlungsgehilfen Renner und Fehner aus Dresden, welche ihrem Prinzipal etwa 80.000 Mark unterschlagen hatten. Beide sind gefänglich. Das Geld wurde ihnen abgenommen.

Beuthen OS., 14. Juni. Arbeiter-Sängerfest. Wir haben wiederholt vom Polizeikommando gegen den Arbeiter-Gesangverein berichtet können. Ist es der Polizei auch gelungen, die Gesangsstunden innerhalb der Stadt nimmöglich zu machen, und dabei den Wirten manchen Groschen zu entziehen, so gelang es aber doch nicht, dem Gesangverein das Lebenslicht auszulöschen, denn dieser hielt am letzten Sonntag, da die Wirte der Stadt kein Geld zu brauchen scheinen, in einem Gartenlokal eines nahegelegenen Dorfes ein nach jeder Hinsicht gut gelungenes Sommerfest ab. Neben den sonstigen schönen Veranstaltungen sei besonders das gesungene Teufel hier hervorgehoben. Man muß es Weitzer Kochschinken, er versteht auch aus den rauhen obereschlesischen Arbeiterstimmen etwas zu machen. Für jedes Lied, sowie die vortrefflichen Quartette konnte der verdiente Dirigent mit seinen wackeren Sängern wahre Beifallsstürme ernten.

Ein Quartett des Raborger Arbeiter-Gesangvereins, unter Leitung des Genossen Rimpich, erntete ebenfalls reichen Beifall, ebenso ein schönes Abchiedsbild.

Die Vereine aus Rattowitz, Rabsze und Königsbrunn konnten sich leider nicht offiziell beteiligen, hatten aber Vertreter entsandt, die alle über den „Zünften“ recht befriedigt waren.

Als man in den Morgenstunden aufbrach, um nach dem Heimathlichen Beuthen, wo man keine Unterkunft hat, zu wandern, da konnte der freundliche Wirt mit Recht sagen: „Meine Verdienste, kommen Sie wieder, ein so schönes und ruhiges Vergnügen, und ein gutes Geschäft kommt nicht oft vor. Bei mir sind Sie stets willkommen!“ Arme Beuthener Gastwirte und Steuerzahler, durch Euerer Polizei muß der Verdienst aus der Stadt fortgetragen werden!

Beuthen OS., 14. Juni. Parteiverammlung. Der Sozialdemokratische Verein hält am Mittwoch, den 16. d. M., im Gewerkschaftslokal in Rößberg, Str. Dombrowlackerstraße 8, seine regelmäßige Monatsversammlung ab. Vortrag des Genossen D. B. B. Zutritt nur für Mitglieder und Personen, die dem Verein vor Beginn der Versammlung beitreten. Die Parteimitglieder werden dringend ersucht, recht zahlreich zu erscheinen, um der Polizei in Beuthen zu zeigen, daß wir wachsen, auch wenn wir nicht in den Mauern der Stadt tagen dürfen.

Beuthen OS., 14. Juni. Berufsopferl Bergmann Müller aus Mallo, ein junger seit zwei Monaten verheirateter Mann, verunglückte beim Pfeiler-Abbau an der Heintzergrube tödlich. Wollig hoffnungslos wurde im Knappschlagslazarett der Erzbergmann Nowal aus Scharley eingeliefert. Der auf der Scharleygrube passierte Unfall wird dem Familienvater leider das Leben kosten.

Myskowitz, 10. Juni. Wenn der Kardinal reist. Hier herrscht am Sonnabend eitel Wonne bei der katholischen Bevölkerung, da Kardinal Kopp die Stadt mit seiner Anwesenheit beehrte. Neben der üblichen Aufschmückung der Straßen usw. fand auch auf dem Bahnhof durch Landrat Gerlach, Geistlichen Rat Schmidt u. a. eine Begrüßung statt. Das wäre an sich ja nicht besonders erwähnenswert, wenn nicht der den Behörden sonst so heilige Verkehr dadurch behindert worden wäre. Während der Zeit der Begrüßung des Kardinals wurde nämlich der Bahnhof einfach für das reißende Publikum abgesperrt, trotzdem der fahrplanmäßige Zug nach Rattowitz zur Abfahrt bereit stand. Es bedeutet dies eine Rücksichtslosigkeit sonderbarsten und führte auch zu energischem Protest. Erst als Kardinal Kopp im geschmückten Bahndauer davonfuhr, erhielt das Publikum wieder Zutritt zum Bahnhofsgelände und wurden wieder Fahrkarten verkauft. — Wir sind nun zwar der Ansicht, daß man niemandem bei geplanter feierlicher Begrüßung von Würdenträgern etwas in den Weg legen dürfte, auf keinen Fall ist es aber anständig, daß dadurch Nichtinteressenten in der Benutzung eines öffentlichen Verkehrsmittels, wie es die Eisenbahn darstellt, behindert werden. Es dürfte diese Maßregel wahrhaftig auf den Uebereifer des leitenden Stationsbeamten zurückzuführen sein.

Ralsenau, 14. Juni. In der Lohnbewegung auf der Wilhelmine-Brikette wird der „Schles. Zig.“ gemeldet: Am Sonnabend wurde von der Hüttenverwaltung acht Streikführer die Entlassung gegeben. Die heutige Lage ist unverändert. Auf den anderen Hütten ist alles ruhig.

MAGGI Sternchen-Suppe vorzügliche, wohlschmeckende Teigwaren-Suppe in Würfeln zu 10 Pfg. für 2—3 Teller.

